



**Ausschuss für Schule und Bildung (4.),
Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.) und
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

15. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:02 Uhr bis 17:22 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen:
psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien
im Bildungsbereich stärken!**

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/628

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Florian Braun: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle sehr herzlich hier im Landtag im Plenarsaal begrüßen und zuerst darauf hinweisen, dass die Anhörung, wie vom Ältestenrat beschlossen, per Live-Videostream im Internet übertragen wird.

Wir führen heute eine gemeinsame Anhörung von Sachverständigen, angesetzt bis maximal 18 Uhr, des Ausschusses für Schule und Bildung, dessen Vorsitzender ich bin, des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend sowie des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und durch. Insofern heiße ich Sie auch im Namen meiner Vorsitzendenkollegen, Herrn Jörg und Herrn Neumann, herzlich willkommen. Nach gemeinsamer Absprache darf ich heute durch die Anhörung führen. Wir werden uns sicherlich im Laufe der Wahlperiode das eine oder andere Mal zu weiteren gemeinsamen Sachverständigenanhörungen zusammenfinden und dann entsprechende Arbeitsteilung betreiben.

Sowohl den hier anwesenden Expertinnen und Experten als auch den beiden per Video zugeschalteten Sachverständigen, Herrn Dr. Marcus Heidemann und Herrn Helmut Seifen, möchte ich auch noch einmal persönlich dafür danken, dass sie sich heute die Zeit nehmen und uns im Vorfeld bereits schriftliche Stellungnahmen zur Verfügung gestellt haben.

Vor Ihnen sitzt kein alter Hase. Das ist meine erste Anhörung als Ausschussvorsitzender. Daher darf ich um Aufmerksamkeit für die folgenden Verfahrenshinweise bitten.

Im Vorfeld haben wir einige Überlegungen angestellt, wie wir diese Anhörung am sinnvollsten durchführen. Der heutige Ablauf ist dann auch ein Stück weit eine Erprobung für folgende Anhörungen in dieser Wahlperiode. Wir werden das im Nachgang sicherlich auch gemeinsam mit den Obleuten bewerten. Ziel des Verfahrens ist jedenfalls eine effiziente, aber auch breite Diskussionsbeteiligung. Ich denke, dass uns das heute auch gelingen wird.

Vorgesehen ist, dass keine Eingangsstatements der Sachverständigen erfolgen. Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, Sie dürfen und können auch voraussetzen, dass alle Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen der anwesenden Ausschüsse Ihre Stellungnahmen im Vorfeld sorgsam gelesen haben, sodass diese gleich eine gemeinsame Gesprächsgrundlage für Fragen und Antworten bilden.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Pro Fragerunde kann eine Frage je Fraktion gestellt werden. Ich bitte, bei den Fragestellungen darauf zu achten, dass wir jeweils eine Zeit von zwei Minuten möglichst nicht überschreiten. Pro Frage sollten maximal drei Sachverständige angesprochen werden – wobei ich zumindest in der ersten Runde Abweichungen noch nicht ahnden werde, um es einmal so auszudrücken. In den weiteren Fragerunden sollten wir dann aber auf die maximale Ansprechzahl achten, um hier auch einen guten Frage-Antwort-Rhythmus zu gewährleisten.

Wir sammeln pro Fragerunde die Fragen der jeweiligen Fraktionen und gehen anschließend in die Beantwortungsrunde durch die Sachverständigen. Liebe Herren und Damen Sachverständige, ich werde Sie dann jeweils aufrufen und bitte Sie, bei Ihren Antworten ein Zeitlimit von drei Minuten möglichst nicht zu überschreiten. Verstehen Sie das bitte nicht als unfreundlichen Akt, sondern ausschließlich als Instrument eines fairen Austauschs in begrenzter Zeit.

Nach diesen Hinweisen darf ich nun die Anhörung eröffnen. Wir beginnen mit der ersten Fragerunde der Fraktionen.

Jochen Ott (SPD): Meine Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie alle gekommen sind. Lassen Sie mich besonders die heute anwesenden Schülervertreterinnen und -vertreter begrüßen, also Frau Ratzmann, Herrn Dahmann und Frau Larhtami. Insbesondere für die Schülerinnen und Schüler ist es immer eine aufregende Sache, wenn sie hier sind. Aber wir freuen uns sehr darüber. Schließlich geht es heute in erster Linie um sie.

Deshalb möchte ich zu Beginn auch auf den eigentlichen Grund dieser Anhörung zu sprechen kommen. Wir haben in den letzten Monaten – der Antrag ist ja bereits im Sommer bei uns diskutiert worden und dann ins Plenum eingebracht worden – viele Expertengutachten und Veröffentlichungen gelesen, die beschreiben, dass bei vielen Kindern und Jugendlichen nach der Pandemie – wobei immer wieder deutlich wurde, dass die Pandemie nur ein Beschleuniger und nicht der Auslöser gewesen ist – seelische und mentale Schwierigkeiten ihren Lebensalltag bestimmen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich in der ersten Runde die Sachverständigen, und zwar alle Sachverständigen, fragen: Können Sie die Problemlage aus Ihrer Sicht noch einmal beschreiben? Ist aus Ihrer Sicht Handlungsbedarf gegeben und, wenn ja, warum?

Claudia Schlottmann (CDU): Auch von mir ein herzliches Willkommen! Es ist schön, dass Sie alle da sind und sich heute unseren Fragen stellen. – Meine Frage richtet sich an Frau Geerlings. Wir sollten alle Schülerinnen und Schüler im Blick haben. Es gibt Schülerinnen und Schüler, die dringend Unterstützung benötigen, aber auch Schülerinnen und Schüler, die relativ gut durch die Pandemie durchgekommen sind und die auch leistungsstark sind. Wie bewerten Sie die getroffenen Maßnahmen für die Schülerinnen und Schüler, die Unterstützung brauchen, und wie sehen Sie die getroffenen

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Maßnahmen, um leistungsstarken Schülerinnen und Schülern Sicherheit für ihre Abschlüsse zu geben?

Meral Thoms (GRÜNE): Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen und die Schülerinnen und Schüler dafür, dass Sie heute hier sind. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und darüber, dass Sie heute für Fragen zur Verfügung stehen. – Ich habe eine Frage an alle Sachverständigen, die dazu einen Beitrag leisten können. In Nordrhein-Westfalen haben 43 % der Schülerinnen und Schüler eine internationale Geschichte. Laut der COPSYS-Studie ist die psychische Belastung bei ihnen besonders hoch. Meine Frage an die Sachverständigen lautet: Welche Beratungsangebote gibt für die Eltern und die Kinder und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte? Welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie, um diese Zielgruppe gezielt anzusprechen?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrte Sachverständige, vielen Dank für Ihre Ausarbeitungen. – Meine erste Frage richtet sich an Frau Staar, Frau Poth und Frau Professor Schneider. In einigen Stellungnahmen wurden auch die Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit Gesundheitsfachkräften an den Schulen erwähnt. Bitte führen Sie noch einmal konkret aus, wie die Gesundheitsfachkräfte dort eingebunden sind und welche Aufgaben sie dort übernehmen.

Carlo Clemens (AfD): Auch ich möchte mich zunächst bei den Sachverständigen dafür bedanken, dass sie sich Zeit für uns genommen haben und auch die Mühe gemacht haben, ihre Stellungnahmen einzureichen. – Die SPD beklagt in ihrem Antrag, dass – Zitat – „sich die Corona-Pandemie negativ auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ausgewirkt hat“ und „von den negativen Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche aus herausfordernden Familienstrukturen stärker betroffen sind“. Das Coronavirus an sich sei also die Ursache der beklagten Probleme gewesen. Die Coronamaßnahmenpolitik der letzten Jahre, die auch von der SPD maßgeblich mitgetragen wurde, wird jedoch mit keiner Silbe kritisch reflektiert.

Meine Frage an die Vertreter der Landesschülervertretung NRW, Herrn Professor Hörmann und Herrn Seifen lautet: Inwiefern sehen Sie grundsätzlich einen Zusammenhang zwischen den Coronamaßnahmen und den im Antrag beklagten psychosozialen Folgen für Kinder und Jugendliche?

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Herzlichen Dank für die Einladung und dafür, dass wir Stellung beziehen können. – Der Handlungsbedarf ist groß. Das dürfte auch bei allen unstrittig sein. Er war schon immer groß. Durch verschiedene Krisenlagen hat sich die Situation aber noch verschärft.

Wir haben immer wieder erlebt, dass eine Pandemie oder eine ähnliche Situation eine Zerreißprobe nicht nur für die Kinder selbst, sondern auch für die Familien insgesamt

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

war. Durch die Belastungen, die die Familien in der Pandemie allesamt schultern mussten, war es fast selbstverständlich, dass Kinder davon nicht unbetroffen bleiben. Niemand konnte erwarten, dass in einer Krisenlage oder eigentlich einer Katastrophe Kinder ungeschoren davonkommen, ohne dass sie darunter leiden. Schließlich haben wir all die Jahrzehnte in vielen Kriegsgebieten und überall dort, wo Katastrophen entstehen, erlebt, dass Kinder, die unverschuldet in solche Situationen hineingeraten, immer die Leidtragenden sind.

Daher lässt sich die Antwort dazu, in welcher Krise wir gerade stecken, ob sie sich bewältigen lässt und ob die Folgen nicht absehbar waren, eigentlich auf den Punkt bringen. Die Folgen waren absehbar, und für uns war die Frage: Wie gehen wir damit um?

Wie wir damit umgegangen sind, fanden wir sehr bedenklich – spätestens an dem Punkt, dass wir kontinuierlich den Druck auf die Kinder in der Schule trotz vorhandener Krise gleichwertig hochgehalten haben. Das war unverständlich. Es war für die Schüler völlig unverständlich, dass wir nach wie vor gemeint haben, sie könnten selbstverständlich Prüfungen ablegen, und trotz aller Differenzen und unterschiedlichen Voraussetzungen so getan haben, als ob das alles Normalität sei. Unter diesem zusätzlichen Druck, der in den Familien geherrscht hat und durch die häufige Betreuung zu Hause um ein Vielfaches nach oben katapultiert wurde, war klar, dass das eben nicht gleichwertig ist und nicht chancengleich ist. Trotzdem haben wir gesagt: Bei euch ist alles normal, und ihr habt jetzt abzuliefern.

In dieser Kombination hat das erhebliche Auswirkungen gehabt. Wir wollen gar nicht nivellieren, dass es auch Eltern belastet. Eltern haben die verschiedenen Maßnahmen sehr unterschiedlich als Belastungen aufgefasst. Einige haben sie begrüßt und sich dadurch sicherer gefühlt. Andere haben aber gerade durch die Maßnahmen Ängste bekommen. Da gibt es also kein einheitliches Bild. Man kann aber sagen, dass beides Familien belastet hat.

Durch den Druck, der dadurch entstanden ist, dass die Prüfungen hochgehalten wurden und weniger der Blick auf das Wohl der Kinder, auf das Wohl der Lehrkräfte und überhaupt auf unser Gesamtwohl der Gesellschaft gelegt wurde oder dafür etwas getan wurde, hat sich die Situation dramatisch verschärft. Das spiegelt sich nicht nur in dem physischen, sondern insbesondere auch in dem psychischen Bereich der Gesundheitsvorsorge wider.

Direkt zu Beginn der Pandemie haben wir bereits ganz früh mit dem landesschulpsychologischen Dienst Kontakt aufgenommen, weil bei uns die Eltern schon Alarm geschlagen haben. Damals hat man dort noch nicht unmittelbar einen Handlungsbedarf gesehen. Es ist aber genau so eingetreten, wie damals die Alarmmeldungen der Eltern bei uns angekommen sind.

Florence Geerlings (Geschwister-Scholl-Grundschule Neuss): Zu der Frage ist zunächst einmal zu sagen, dass die Problemlage selbstverständlich ernst zu nehmen

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

ist. Jede auf den Weg gebrachte Studie – wobei die COPSY-Studie bislang die einzige ist, die deutschlandweit das Gesundheitsverhalten der Kinder und Jugendlichen in den Blick genommen hat – hat natürlich auch Ergebnisse gezeigt, die Handlungsbedarf deutlich machen.

Es ist aber einiges auf den Weg gebracht worden. Ich kann nur aus der Praxis berichten, wie es bei uns an der Schule gelaufen ist. Das Aktionsprogramm „Ankommen und Aufholen nach Corona“ mit seinen vier Säulen, das auch aus Landesmitteln verlängert wurde – es endet nicht, wie vorhergesehen, im Dezember, sondern zum Schuljahresende –, bietet Möglichkeiten, über „Extra-Geld“, „Extra-Personal“, „Extra-Zeit“ und „Extra-Blick“ die pandemiebedingten Probleme, die aufgetreten sind, aufzuarbeiten.

Natürlich muss man das weiterverfolgen, und natürlich sind diese Folgen zu sehen. Es gibt aber auch Punkte, bei denen wir vonseiten der Schule sagen, dass da noch Handlungsbedarf im Intellektuellen besteht. Dann können zum Beispiel Bildungsgutscheine in Anspruch genommen werden.

Selbstverständlich werden auch auf kommunaler Ebene Dinge angeboten, wie ich auch in meiner Stellungnahme berichtet habe, beispielsweise das Angebot des Allgemeinen Sozialen Dienstes der einzelnen Kommunen einer Ambulanz für Kinderschutz. Wir haben die Flyer bei uns in der Schule liegen. Bei besonderem Bedarf gehen wir natürlich direkt auf die Eltern und Kinder zu und verweisen dann darauf. Auch der Schulpsychologische Dienst stellt bei uns im Rhein-Kreis Neuss einmal im Monat Angebote für die Schulen zur Verfügung – leider seit Corona nicht mehr in der Schule selbst, sondern in den einzelnen Einrichtungen.

Es ist wichtig, Verlässlichkeit sowie verbindliche Strukturen zu Hilfeplanung und Kooperation zu schaffen. Dazu muss ein nachhaltiges Konzept entwickelt werden, auf das man zurückgreifen kann und das für alle ersichtlich ist. In diesem Zusammenhang sollte man auch das Konzept, das die Schulen durch die Verknüpfung von Präsenz- und Distanzunterricht sowieso realisiert haben, fortführen, ausbauen und mit Digitalisierungsformaten, die in den Schulen umgesetzt werden, weiterverfolgen.

Mir persönlich war in der Pandemiezeit das Zweite Bildungssicherungsgesetz immer eine große Hilfe. Das Zweite Bildungssicherungsgesetz hat für uns – das betrifft jetzt nur eine Grundschule – aber auch den Wind aus den Segeln genommen, weil die Eltern entscheiden durften, ob sie ihr Kind wiederholen lassen oder in der Klasse verbleiben lassen, ohne ein Anrechnungsjahr vollziehen zu müssen und die Abschlüsse gleichwertig betrachten zu wollen. Ich gehe jetzt nicht darauf ein, wie das bei den Kindern ist, die gut durch die Pandemie gekommen sind. Diese Kinder, die es ja auch gibt, hat Frau Schlottmann im zweiten Teil ihrer Frage angesprochen. Im Zweiten Bildungssicherungsgesetz wurden aber beispielsweise auch die blauen Briefe ausgesetzt. Die Eltern haben mit Beratung durch die Lehrer dann auch entscheiden dürfen, ob sie ihr Kind wiederholen lassen oder nicht, ohne dass es einer Versetzungsentscheidung bedurfte.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Lilli Ratzmann (Landeschüler*innenvertretung NRW): Wir, die Landeschüler*innenvertretung, möchten uns zunächst bei Ihnen dafür bedanken, dass wir heute die Möglichkeit haben, Fragen zu beantworten, und die Gelegenheit hatten, Stellung zu beziehen. – Für uns ist dieses Thema schon seit langer Zeit sehr relevant und von hoher Wichtigkeit. Uns ist besonders wichtig, dass Schüler*innen nicht weiterhin in diesem Leistungskonstrukt untergehen. Dafür ist ganz entscheidend – das haben wir in unserer Stellungnahme auch erwähnt –, dass die Schulsozialarbeit ausgebaut wird. An jeder Schule in NRW muss es für alle Schüler*innen die Möglichkeit geben, dass sie eine Person haben, die sie ansprechen können. Das muss definitiv noch weiter ausgebaut werden. Es wird nämlich viel zu sehr vernachlässigt.

Während der Coronapandemie war es auch so, dass Schüler*innen teilweise wochenlang oder sogar monatelang zu Hause saßen und keine Ansprechpartner*in mehr hatten. Uns ist besonders wichtig, dass das geändert wird. Denn jetzt gibt es viele Menschen, deren psychisches Gesundheitssystem stabilisiert werden muss. Dafür ist es schon ziemlich spät. Aber wir müssen auf jeden Fall anfangen, das System in dieser Hinsicht auszubauen und jeder Schüler*in die Möglichkeit zu geben, sich gut weiterzubilden und auch psychisch im Einklang mit sich selbst zu sein.

Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen): Vielen Dank, dass wir heute hier sein dürfen. – Ich würde gerne den Wortbeitrag von Frau Ratzmann ergänzen, weil sie genau das angesprochen hat, was auch wir aus unserem Bereich hier in die Anhörung mitgebracht haben. Unsere Schulsozialarbeiter fordern ebenfalls, dass gerade das System der Schulsozialarbeit in den Schulen stärker ausgebaut wird. Insbesondere konnten sie zu Beginn der Pandemie nicht Ansprechperson sein; denn die Maßnahmen haben ganz konsequent auch für die Schulsozialarbeit gegolten. Weil sie am Anfang keinen Kontakt aufbauen konnten, sind viele Kinder auch ein Stück weit – in Führungsstrichen – „verloren gegangen“. Wir haben Beispiele dafür, dass Dienstreisen von Schulsozialarbeitern auch nicht bewilligt wurden, wenn Kinder außerhalb der Kommune gewohnt haben, sodass eine lange Zeit kein Kontakt möglich war.

Jetzt haben wir auch die Situation, dass viele Kinder – der Prozentsatz ist höher als vor der Pandemiezeit – von Angststörungen und Panikattacken berichten, die vielleicht noch gar nicht ärztlich diagnostiziert sind. Das ist aber ein Punkt, der besonders auffällt.

Der mediale Umgang spielt hier ebenfalls eine Rolle. In der Zeit der Pandemie sind soziale Netzwerke und gerade TikTok ein großes Thema. Viele unserer Mitglieder sprechen davon, dass da eine ganze Menge an Beratung notwendig ist, weil oft schon Suchtgefahr dahintersteckt. Auch das wurde durch die Pandemie und die viele Zeit zu Hause in der Isolation also noch einmal angefeuert.

Helmut Seifen [per Video zugeschaltet]: Meine Vorredner haben darauf verwiesen, dass die Schäden, die den Kindern durch die Coronamaßnahmen zugefügt worden

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

sind – durch die Schulschließungen, durch den Distanzunterricht, durch das Maskentragen –, jetzt im Sinne einer Hilfestellung aufgearbeitet werden müssen. Das ist selbstverständlich notwendig. Inwiefern dafür Schulsozialarbeit in einzelnen Schulen optimiert werden muss, sollte meines Erachtens in den einzelnen Schulen und in den Kommunen deutlich gemacht werden. Gerade sprach jemand auch Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien an. Da wissen diejenigen vor Ort natürlich am besten Bescheid.

Aber niemand meiner Vorredner hat die andere Ebene angesprochen, nämlich die Tatsache, dass wir nach diesem unglaublichen Vorgang der Grundrechtseinschränkungen tatsächlich einmal generell überlegen sollten – am besten ohne Schuldzuweisungen, auch wenn das im politischen Rahmen schlecht möglich ist –, ob diese Maßnahmen überhaupt geeignet, erforderlich und angemessen waren. Das sind ja die drei klassischen Begriffe, die immer angewandt werden, wenn es darum geht, Grundrechte einzuschränken.

Alle Zahlen, die das bisher hergeben – auch schon im letzten Jahr, eigentlich bereits ab Mai 2020 –, machen deutlich, dass diese drastischen Maßnahmen, die da getroffen worden sind, eben nicht erforderlich waren, nicht geeignet waren und schon gar nicht angemessen waren. Ich hatte einmal ein Beispiel genannt. Im Kreis Borken waren 65 Menschen im Krankenhaus. Der Kreis Borken hat 367.000 Einwohner, darunter 42.000 Schüler, und alle mussten zu Hause bleiben.

Wir haben an den Schulen – ich weiß nicht, inwiefern das jetzt im Einzelnen noch unterschwellig vorhanden ist oder ob die Kinder darüber hinweggehen – zum Teil so einen Stress zwischen Lehrern und Schülern, aber auch zwischen Schülern gehabt – den einen, die diese Coronamaßnahmen unbedingt richtig fanden, und den anderen, die sie mehr als Freiheitsberaubung ansahen –, dass sich auch in den Schulen eine derartige Spaltung ergeben hat, wie ich sie sonst noch nie erlebt habe. Normalerweise hat man in den Schulen Fälle von Mobbing und diese Geschichten. Aber hier haben sich wirklich zwei Blöcke gebildet, die meinerwegen unterschiedlich groß sind, und der kleinere von ihnen ist tatsächlich – an einigen Schulen war es so – in ein Kesseltreiben geraten. Das ist schon unglaublich bedenklich.

Hier sollte Politik auch ansetzen. Ich plädiere dafür, dass diese Angstpsychosen, die einer meiner Vorredner erwähnt hat und die ja noch da sind, entsprechend angegangen werden. Natürlich müssen sie auch therapeutisch individuell behandelt werden; das ist klar. Aber es gibt auch allgemeine Aspekte der Psychosen. In diesem Zusammenhang brauchen wir eine öffentliche Aufarbeitung, damit die Kinder sich in ihrem sozialen Umfeld wieder sicher fühlen. Denn diese Sicherheit, die sie eigentlich haben, ist für viele Kinder zerbrochen. Da müssen wir ansetzen.

Prof.'in Dr. Silvia Schneider (Ruhr-Universität Bochum, Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit): Herzlichen Dank auch von meiner Seite, dass dieses Thema heute aufgegriffen wird. Denn wir behandeln hier ein ganz wichtiges Thema, bei dem es richtig brennt. Die Coronapandemie hat letztendlich noch

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

einmal das Brennglas auf eine Entwicklung gerichtet, die sowieso schon da ist. Kinder sind nämlich häufiger und zunehmend psychisch erkrankt. Auch als Gesellschaft haben wir in der Coronapandemie – zumindest zu Beginn, als wir noch gar nicht wussten, wie wir mit diesem Virus umgehen können, wie wir uns schützen können und was wir tun können – eigentlich alle einen massiven Kontrollverlust erlebt. Aus der Psychologie wissen wir, dass das eine massive Stresssituation ist, die natürlich auch dazu führt, dass die Psyche und das seelische Wohlbefinden leiden.

Wir haben in Deutschland die hier schon mehrfach erwähnte COPSY-Studie, die gezeigt hat, dass sich die psychische Befindlichkeit der Kinder massiv verschlechtert hat, und zwar insbesondere im Bereich von emotionalen Störungen, also Ängsten und Depressionen. Jüngere Kinder leiden mehr unter Ängsten, ältere Kinder oder Jugendliche eher unter Depressionen.

Wir haben in dieser Zeit auch einen Anstieg der Kindeswohlgefährdungen zu verzeichnen gehabt. Das war ein Thema, das lange Zeit unklar war. Zunächst hieß es, es habe sich nichts geändert. Aber dann kamen letztes Jahr doch die Statistiken heraus, in denen wir sehen, dass es mehr Meldungen von Kindeswohlgefährdungen gibt.

Im Bereich der Versorgung haben wir – das kann ich jetzt auch als Leiterin einer großen Ambulanz für Psychotherapie sagen – eine massive Nachfrage nach professioneller Unterstützung. Für unsere Kinder und Jugendlichen haben sich die Wartezeiten massiv verlängert. Wir warten mittlerweile für ein Kind ein halbes Jahr auf einen Psychotherapieplatz. Man kann sich vorstellen, was das in einem so jungen Leben bedeutet und was für einen Anteil des Lebens es auch ausmacht.

Da besteht also dringender Bedarf. Ich möchte hier gar nicht so sehr die Zahlen anführen – die kann man auch nachlesen –, sondern noch einmal aus klinisch-psychologischer Sicht sagen, warum es so wichtig ist, hier etwas zu tun.

Wir wissen sehr genau, dass Kindheit und Jugend die Phase ist, in der psychische Gesundheit, aber auch psychische Störung entsteht. Aus groß angelegten Datensätzen ist bekannt: Wenn man 24 Jahre alt geworden ist und bis dahin keine psychische Störung hatte, ist das Risiko, dann noch neu zu erkranken, vergleichsweise gering. Drei Viertel der Menschen, die in ihrem Leben eine psychische Störung entwickeln werden, haben dies bis zum Alter von 24 Jahren getan.

Damit ist ganz klar, um welche Altersgruppe wir uns kümmern müssen, wenn wir Prävention und frühe Intervention betreiben wollen. Insofern müssen wir das sehr ernst nehmen.

Wir müssen auch niederschwellig präventiv Versorgung anbieten – über Schule. Das ist genau der richtige Ort, an dem wir alle Kinder erreichen. Einen Ort, an dem wir alle erreichen, haben wir im Erwachsenenalter nicht. Das ist also ein Riesenvorteil. Aber das müssen wir auch gezielt und möglichst mit evidenzbasierten Methoden tun.

Außerdem müssen wir für mehr gestufte Versorgung sorgen. Ich frage nicht nur nach neuen Psychotherapieplätzen. Die brauchen wir sicher. Aber wir brauchen insgesamt

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

auch eine besser aufeinander abgestimmte Versorgung von Kindern mit psychischen Problemen.

Es wäre toll, wenn man jetzt diese Chance nutzen würde, um das in NRW, aber letztendlich auch bundesweit zu verbessern.

Dr. Frank Renken (Stadt Dortmund, Gesundheitsamt): Lassen Sie mich an das anschließen, was Sie gerade gehört haben. Ich spreche hier für eine Kommune, in der wir zusammen mit einem Verein das Präventionsprojekt „Verrückt? Na und!“ durchführen. Bei diesem Projekt, das dieser Verein erschaffen hat, greifen wir genau die Tatsache auf, dass wir in der Kindheit und der Jugend das Herausbilden von psychischer Gesundheit erleben. Diesem Aspekt wird sicherlich auch im Bildungswesen noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso den Gefährdungen, die in dieser Zeit auf die Kinder und die Jugendlichen einwirken.

Mit diesem Projekt versuchen wir, sehr früh mehr Bewusstsein für seelische Störungen oder auch für seelische Erkrankungen zu wecken. Denn jeder von uns weiß, wie er sich wohl entscheiden würde, wenn er die Wahl zwischen einem gebrochenen Bein und einer psychischen Erkrankung hätte. Würden wir hier eine Umfrage durchführen, wäre die Mehrheit ganz eindeutig. Nach meiner Einschätzung würden 90 % sagen: Ich hätte lieber das gebrochene Bein und nicht so gerne die seelische Erkrankung.

Das zeigt, wie distanziert wir mit den Diagnosen umgehen, über die wir hier gerade sprechen. Da ist es auch relativ egal, ob wir über eine Störung oder über eine manifeste Erkrankung sprechen. Beides haben wir nicht so gerne. Beides ist stigmatisiert.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach den unterschiedlichen Nationalitäten gestellt. Da geht es eigentlich nur noch um Quantitäten. In keiner Kultur, die ich kenne, sind seelische Erkrankungen als irgendetwas anerkannt, was man haben möchte. Es geht mehr darum, ob du es vollkommen ablehnst, ob du es nicht wahrhaben willst oder ob du es einfach nicht gut findest. Das sind wirklich nur graduelle Unterschiede.

Der Teil, den ich vertrete – und dafür möchte ich jetzt plädieren –, ist völlig unabhängig von jeder Pandemie. Die Pandemie kann nur das Brennglas hinhalten, und wir Menschen können dann etwas daraus machen. Das Ergebnis ist: Seelische Gesundheit wird nicht besser; seelische Gesundheit wird im Durchschnitt schlechter. – Unser Programm wird unabhängig davon, wo wir uns befinden, immer in der Lage sein, Menschen mehr Wissen über den eigenen Zustand zu geben und mehr Wissen über den Zustand der anderen Menschen zu geben, um Zusammenhänge in Bezug auf seelische Gesundheit oder seelische Krankheiten zu erkennen. Es macht also etwas, was wir altmodisch mit dem Wort „Gesundheitsbildung“ belegen. Das heißt, dass wir Informationen geben, und zwar an beide Gruppen: einerseits an die Kinder und die Jugendlichen und andererseits an die Menschen, die in diesem Setting mit den Kindern und den Jugendlichen umgehen, nämlich an das Lehrpersonal. Beides halten wir für ganz wichtig. Das ist auch völlig unabhängig von irgendwelchen Umgebungseinflussgrößen wie zum Beispiel einer Pandemie. Es ist immer indiziert.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Safiya Larhtami (Bezirksschüler*innenvertretung Köln; Kölner Jugendring): Danke dafür, dass ich hier sein darf, und vor allem auch dafür, dass dieses Thema aufgegriffen wird. – Aus Schüler*innensicht kann ich sagen, dass es Schüler*innen zusammengefasst so geht, dass sie müde, schlapp und einfach überfordert sind. Da rede ich nicht nur von der Coronazeit – in der Coronapandemie wurden sie durch die Coronamaßnahmen beeinträchtigt und konnten vor allen Dingen Entwicklungsschritte einfach nicht machen oder nicht durchleben, was sie jetzt spüren –, sondern generell vom Schulsystem. Der Stress saugt die Schüler*innen einfach aus. Ganz viele Schüler*innen berichten uns, der Bezirksschüler*innenvertretung, jetzt, dass es ihnen so geht.

Vor allem stört sie, dass es dafür keinen Platz im Schulalltag gibt. Sie werden dauerhaft mit Stress konfrontiert. Aber nirgendwo gibt es einen Ort, wo man das aufholen kann. Nirgendwo gibt es eine Anlaufstelle, wo sie einfach mal hingehen können, wenn sie gerade eine Ruhepause und etwas Zeit für sich brauchen. Auch wenn man mal zu Hause sitzt und sich einfach denkt: „Ich brauche heute diesen Tag für mich“, wird das als negativ angesehen und quasi als Schwänzen betrachtet.

Vor allen Dingen halten wir es für negativ, dass unser Schulsystem aus puren Leistungssituationen besteht und der Mensch nicht mehr als Mensch angesehen wird. Den Schüler*innen wird nämlich kein Gefühl für Wohlbefinden gegeben. Sie können auch keine Work-Life-Balance aufbauen. Im Arbeitsleben wird immer davon gesprochen, wie wichtig eine Work-Life-Balance ist. Aber im Schulalltag ist es genauso.

Man muss den Schüler*innen, weil wir hier von Kindern reden ... Das wurde eben auch schon gesagt. Man muss Kindern oder Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich Hilfe zu suchen – und diese Möglichkeit besteht gerade nicht –, um diesem Stress ausweichen zu können oder auch damit umgehen zu können. Denn Stress ist nicht nur etwas Negatives. Man kann ihn auch produktiv nutzen. Aber dazu muss man den Jugendlichen oder vor allem den Kindern einfach die Chance geben.

Ein weiterer Punkt ist, dass dieses Lernen am Burn-out in unserer Gesellschaft oder vor allem bei Jugendlichen so normalisiert ist, dass diese ganzen Panikattacken usw. auftreten. Wenn man das in den Statistiken sieht, wundert das immer jeden. Aber wenn man einmal in die Schule geht und sich eine Klausurenphase anschaut, wundert das keinen mehr. Denn dann sieht man, wie viel Stress man als Schüler*in da hat. Man kommt in die Schule; man wird dauerhaft mit Stress bombardiert; man geht nach Hause und hat weiter Stress, wenn am nächsten Tag eine Prüfung ansteht; dann geht man schlafen, wacht auf und hat wieder denselben Stress. Ich denke, dass unsere Leistungsgesellschaft dieses Ganze sehr unterstützt.

Gerade wurden die Coronapandemie und „Ankommen und Aufholen nach Corona“ angesprochen. Dazu kann ich auch als Nachhilfelehrerin etwas sagen. Bei meiner Nachhilfeschülerin fällt mir vor allen Dingen auf, dass das nicht das Problem vom Stoff ist. „Ankommen und Aufholen nach Corona“ ist ja eigentlich nur auf den Stoff ausgerichtet. Es geht darum, dass man schulisch aufholt. Alles, was in der Coronazeit nicht geschafft wurde, muss man jetzt nachholen, damit man das Abitur gut schafft usw.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Man sollte aber stärker die Priorität auf die mentale Gesundheit der Schüler*innen legen und sie psychisch aufholen lassen. Wenn man zum Beispiel entsprechende Workshops in den Schulen anbieten würde, hätte das viel größere Auswirkungen und würde den Schüler*innen viel mehr Selbstsicherheit und auch Selbstbewusstsein geben. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Wir hatten in der Schule ein Angebot zur Aufklärung. Schule ist, wie bereits erwähnt wurde, ein Ort, an dem alle jungen Menschen zusammenkommen. Dort erwischt man die Leute auf einen Schlag. Denn es herrscht Schulpflicht. Das ist auch gut. Aber gerade deshalb muss man das eigentlich auch nutzen und da etwas tun. An unserer Schule gab es zum Beispiel Alkoholpräventionstage, bei denen der Umgang mit Alkohol gelernt wird. Warum gibt es so etwas nicht zu Stress? Das wäre eine gute Maßnahme.

Lisa Gregor (Balu und Du): Die erste der beiden allgemeinen Fragen lautete, ob Handlungsbedarf besteht. Das haben wir jetzt schon vielfach gehört. Ja, es besteht Handlungsbedarf. Wir sehen das als Akteur aus der Zivilgesellschaft an mehreren Punkten – egal, wo man hinschaut. Die Mentees sind hoch belastet. Die Mentor*innen sind hoch belastet. Bei ihnen ist – das hatte ich in der Stellungnahme auch schon platziert –, auch wenn die Motivation immer noch sehr hoch ist, sogar ein ganz leichter Rückgang zu verzeichnen, weil die Mentor*innen sagen: Ich schaffe es nicht, neben meinem Leben auch noch Verantwortung für andere zu übernehmen. – Wir hoffen, dass sich das nicht verschärft. Damit es sich nicht verschärft, muss sich etwas tun. Lehrkräfte und andere Akteure in Schule berichten, dass sie hoch belastet sind – und Eltern sowieso.

Die zweite Frage lautete, was man denn für die Zielgruppe der Familien und Eltern mit internationaler Geschichte tun kann. Mein erster Gedanke dazu war – es geht ja hier um die Schulsozialarbeit und darum, wie man Schule multiprofessionell ausgestalten kann –, dass ein starkes System dann auch die Möglichkeit hat, individuell anzusprechen. Wenn wir hier breit ansetzen und uns so aufstellen, dass alle nicht immer am Limit arbeiten müssen, dann haben sie auch die Möglichkeit, auf Personen mit besonderen Erfahrungen und Bedürfnissen einzugehen.

Wie ich eingangs sagte, sind wir mit „Balu und Du“ ein Akteur aus der Zivilgesellschaft. Auch da gibt es Angebote für Personen mit internationaler Geschichte. Hier kann ich zum Beispiel kurz auf das familY-Programm von Education Y verweisen, um nur einmal einen ganz haptischen Ansatzpunkt zu nennen.

Dr. Marcus Heidemann (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Landesverband Westfalen-Lippe [per Video zugeschaltet]): Wir erleben in den Praxen der Kinder- und Jugendärzte und -ärztinnen jede Menge Kinder aller Altersstufen mit psychischen Auffälligkeiten, mit psychosomatischen Auffälligkeiten, insbesondere auch mit Lernschwierigkeiten, mit Schulproblemen aller Art. Ihre Eltern sind entsprechend verzweifelt und wissen eigentlich auch nicht mehr, wo sie richtig Hilfe bekommen können, weil alle Systeme, die helfen können, selbst am Limit sind und im Prinzip nicht mehr

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

weiterkommen. Die Wartezeiten für Psychotherapieplätze wurden bereits genannt. Sie liegen bei einem halben Jahr bis einem Jahr, je nach regionalem Unterschied auch noch darüber, mit völliger Aussichtslosigkeit.

Die Kinder- und Jugendpsychiaterpraxen sind oftmals überhaupt nicht erreichbar. Auch bei uns Kinder- und Jugendärzten sind dann Punkte erreicht, wo es längst nicht mehr selbstverständlich ist, dass man mit Problemen hierhin gehen kann. Das heißt: Wir sind an Punkten angekommen, wo es wirklich schwierig wird.

Mit der Coronapandemie ist das noch einmal in besonderer Weise zutage getreten. Elternhäuser, die vorher schon belastet waren, die sprachliche Schwierigkeiten haben und die sozial nicht gut in die Gesellschaft integriert sind, haben häufig auch besondere Probleme mit den Kindern. Damit wurden die sowieso schon großen Lernstandsunterschiede noch vergrößert.

Wir erleben das insbesondere auch am Eingang zur Schule. Der frühkindliche Bildungsbereich oder Kindergarten hat massiv gelitten. Schuleingangsuntersuchungen haben zum Teil nicht stattgefunden, sodass auch Kinder in Schulen gekommen sind, bei denen nicht eingeschätzt wurde, welchen Schulweg sie nun einschlagen müssen und welche Förderbedarfe bestehen. Es sind Frühförderungen in Kindergärten weggefallen, die auch Schulreife hätten erzeugen können.

Daher werden auch noch in den nächsten Jahre Kinder, die schon einen verpassten Schulstart hatten, Schwierigkeiten bekommen, das dann in der Schule aufzuholen und überhaupt Normalität in Schule zu erlernen. Denn gerade am Anfang der Schule ist nicht nur wichtig, dass man die Buchstaben und die Zahlen kennenlernt, sondern auch, dass man Schule als positives Umfeld, als etwas Vertrautes, als etwas Angenehmes entdecken kann. Das haben viele Kinder in der Pandemie verpasst, weil sie in eine angstbesetzte und sehr schwierige Umgebung gekommen sind.

Insofern bestehen aus unserer Wahrnehmung sehr viele Baustellen, Gesundheit, sowohl psychisch als auch körperlich, bei Kindern aufzuarbeiten. Da ist Schule sicher ein wichtiges Arbeits- und Betätigungsfeld. Sie muss aber dringend auch mit den anderen Ebenen der Gesundheit vernetzt werden – seien es Initiativen, seien es medizinische Einrichtungen oder andere Einrichtungen, seien es Hilfsangebote oder soziale Angebote außerhalb der Schule.

Es ist dringend notwendig, das zügig hinzubekommen. Eine ganze Reihe von Dingen muss noch viel besser vernetzt werden. In vielen Bereichen gibt es gute Initiativen und sehr engagierte Menschen. Es ist aber wichtig, das alles zusammenzubringen und auf einen vernünftigen Weg zu bringen.

Eines muss auch ganz klar sein: Die Priorität sollte nicht darauf liegen, sich auf das auch im Antrag der SPD genannte Homeschooling vorzubereiten. Wir müssen viel mehr Energie darauf verwenden, uns darauf vorzubereiten, dass es nie wieder so weit kommen darf, dass die Kinder in dieser Art und Weise ausgeschlossen werden. Denn das ist deren Lebensumfeld. Viele Erwachsene haben ihr Lebensumfeld bei der Arbeit und sonstigen Dingen viel kontinuierlicher wahrnehmen können. Die Einzigen, die

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

wirklich kontinuierlich ausgegrenzt wurden und deren soziales Lebensumfeld komplett zusammengebrochen ist, sind die Kinder – obwohl sie am wenigsten gefährdet waren.

Ich glaube, dass wir unseren Kindern eine Wiedergutmachung in Form eines Wiederaufbauprogramms schulden. Wir sehen jetzt, wie leicht da und dort Milliarden für Fluggesellschaften, Banken und sonstige Systeme rausgehauen werden. Hier wäre ein deutlicher Schluck aus der Pulle auch für die Kinder und Jugendlichen angebracht. Wir haben etwas gutzumachen.

Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Herzlichen Dank, dass wir Stellung nehmen durften und dass ich hier sprechen und Fragen beantworten darf. – Ich möchte zu Beginn gern auf das eingehen, was Frau Larhtami gesagt hat. Es hat mich gerade sehr bewegt und betroffen gemacht, wie Sie als Schülerin Schule beschreiben: Schule als Leistungsraum. Wir wünschen uns doch eigentlich eine Schule als Lern- und Lebensraum.

Insofern muss ich die Frage aufwerfen: Müssen wir nicht auch viel weiter denken, als dieser Antrag es formuliert? Eigentlich müssen wir uns fragen: Wie soll die Schule von heute aussehen? Was soll sie leisten? Und was brauchen wir in den Schulen? Was brauchen Schülerinnen und Schüler? Was brauchen Lehrerinnen und Lehrer und alle weiteren Personen, die in Schule tätig sind?

Herr Ott hat aber nach dem Handlungsbedarf gefragt. Das kann ich von meiner Seite aus auch bestätigen; denn die Kolleginnen und Kollegen bestätigen aus der Praxis, dass Schülerinnen und Schüler sich in den letzten Jahren verändert haben. Es gibt mehr Ängste, und sie sind schüchterner geworden. Es gibt aber auch mehr Aggressionspotenzial und eine vermehrte Unfähigkeit, mit Gefühlen – positiven wie negativen Gefühlen – umzugehen. Sie brauchen auch sehr viel Begleitung, enge Begleitung.

Ich möchte nicht darüber spekulieren, wo wir ohne die Pandemie stünden. Das dürfte obsolet sein. Klar ist aber, dass wir in einer bewegten und außergewöhnlichen Zeit leben, die ja nicht nur Kindern und Jugendlichen zu schaffen macht, sondern auch uns Erwachsenen.

Außerdem ist eine Frage zu den Gesundheitsfachkräften gestellt worden. Das ist eine Profession, die in einigen Bundesländern erprobt worden ist. Diese Fachkräfte gehören fest zum Personal der Schule und können dort sehr vielfältig tätig werden.

Beispielsweise können sie sich in Ad-hoc-Notfällen – also genau den Fällen, in denen eine Lehrerin, ein Lehrer oder eine andere Person aus dem Unterricht herausgehen müsste – um Schülerinnen und Schüler kümmern, die ad hoc medizinische Hilfe brauchen. Sie können aber auch Medikamentengabe in Schule leisten – eine Aufgabe, die keinesfalls von Lehrerinnen und Lehrern übernommen werden sollte. Des Weiteren können sie chronisch kranke Kinder versorgen und so auch einen Beitrag zur Inklusion leisten. Darüber hinaus können sie aber auch konzeptionell arbeiten und damit einen großen Beitrag zu Gesundheitserziehung in Schule – die ja eine Querschnittsaufgabe sein sollte und keinesfalls nur montags in der ersten Stunde auf dem Stundenplan

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

stehen sollte – leisten. In dieser Position können sie auch ein fester Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Kolleginnen und Kollegen und auch für außerschulische Partner wie zum Beispiel das Gesundheitsamt sein.

In anderen Bundesländern hat man gute Erfahrungen mit Gesundheitsfachkräften gemacht. Leider wurde ihre Arbeit bisher nicht verstetigt, was wir nicht wirklich nachvollziehen können. Wir sind davon überzeugt, dass Gesundheitsfachkräfte einen sehr wichtigen Beitrag in Schule leisten können. Sie können mit ihrer Expertise eine Lücke schließen, die weder Lehrerinnen und Lehrer noch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit ihrer Expertise schließen können. Insofern plädieren wir als VBE dafür, Gesundheitsfachkräfte auch in Schule in NRW zu etablieren.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Vielen Dank, dass ich hier etwas zu meiner Stellungnahme sagen kann. – Ich möchte noch einmal zum ursprünglichen Antrag der SPD zurückkehren. Er ist, wie ich auch in meinem Paper klar geschrieben habe, eigentlich falsch formuliert. Der Antrag müsste heißen: „Folgen der Pandemie-Maßnahmen ernst nehmen“. Dass die Maßnahmen katastrophal waren, ist wohl unbestritten. Dass die Folgen auch katastrophal waren, ist auch unbestritten.

Hier sind sehr viele Probleme genannt worden, die Schule generell betreffen – etwa Migrationsgeschichte, dann Benachteiligte. Das gab es zu allen Zeiten. Ich denke, dass wir uns jetzt auch ganz gezielt darauf konzentrieren sollten, was man tun kann, um solche Maßnahmen künftig zu verhindern.

Wie Herr Heidemann schon sehr schön erzählt hat, haben die Kinder und Jugendlichen am meisten unter diesen Maßnahmen gelitten – das ist ebenfalls unstrittig –, obwohl sie von der Pandemie im Grunde gar nicht so stark betroffen waren. Alle Fachgesellschaften, alle Kinder- und Jugendärzte und auch Weitere sagen, dass sie im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen die harmlosesten Folgen hatten. Insofern waren die Maßnahmen nicht angemessen, nicht erforderlich und nicht verhältnismäßig. Wir sollten schauen, dass das vermieden wird.

Als zweiter Punkt ist angeführt worden, dass es ein paar Helfer gibt, die aus der Krise heraushelfen können. Beispielsweise werden die Psychologen als Retter genannt. Ich bin selbst Psychologin. Aber die Psychologen haben sich hier auch kläglich verhalten. Sie waren Erfüllungsgehilfen der Maßnahmen. Das ist traurig. Ich habe es ja geschrieben. Da gibt es auch einen Protest in Bezug auf diejenigen, die da mitgewirkt haben, im Unterschied zu anderen Gruppen.

Was die Sozialarbeiter angeht, kann ich das nicht so beurteilen. Dass Sozialarbeiter vielleicht wichtig und bedeutsam sein möchten, halte ich auch für ganz ansprechend. Ich gebe aber zu bedenken, dass das bildungspolitische Fragen sind, die generell geregelt werden müssen. Da ist nicht die Pandemie der Ort, um etwas zu regeln. Ob wir zu wenige oder zu viele Sozialarbeiter haben oder ob sie falsch eingestellt oder ange stellt sind, halte ich auch nicht für die entscheidende Frage. Ich habe ja ketzerisch

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

geschrieben, dass es doch fragwürdig ist – ich komme aus Bayern –, dass zum Beispiel die Nivellierung aller Lehrer in gleiche Besoldung erfolgt. A13 ist im Moment aktuell. Sie sehen doch schon, was die Folge ist. Dann wollen die Sozialarbeiter natürlich auch, dass sie nach A13 bezahlt werden. Ich denke, dass man das Geld, das man für diese Höherbesoldung ausgibt, sinnvoller verwenden könnte, um etwa Schulassistenten zu unterstützen und bestimmte Sozialarbeit auszubauen. Meines Erachtens müsste man das also bildungspolitisch besprechen.

Die Coronapandemie ist vielleicht nur der Aufhänger. Ich möchte aber nochmals dafür plädieren, auch an alle Fachgesellschaften, dass man dann nicht vorschnell Lösungen vorschlägt und neue Berufsfelder einführen will – oder auch neue Gesundheitsfachkräfte. Jetzt frage ich: Welche Gesundheitsfachkräfte? Meine Vorrednerin hat es sehr schön erzählt. Gesundheitserziehung ist ein fächerübergreifendes Prinzip. Es gibt doch kein Schulfach Gesundheit. In einer Kommission, der ich angehöre, haben wir zum Beispiel eine Modellstudie angeregt, bei der es um pädagogische Gesundheitsfachkräfte geht – nicht etwa um irgendwelche Experten, die sich Gesundheitsfachkräfte nennen, aber nur Krankheitsfachkräfte sind.

Dorle Mesch (LandesArbeitsGemeinschaft Schulsozialarbeit NRW): Vielen Dank für die Einladung und den Austausch. – Auch wir begrüßen es ausdrücklich, dass die jungen Menschen hier gehört werden, die eben nicht nur Schüler*innen sind, sondern auch ihr ganzes Leben mit in die Schule bringen.

Wir haben in den letzten Jahren gemerkt, wie wichtig Schule ist und welche Funktion Schule hat. Das wird besonders dann deutlich, wenn sie nicht mehr so vorhanden ist, wie wir sie kennen und wie sie vorher auch den Schülern ein verlässliches Angebot war. Dennoch haben wir bei der Rückkehr auch gesehen, wo Veränderungsbedarf besteht. Ich möchte gern noch einmal aus der Sicht der Schulsozialarbeit schildern, was wir mitbekommen haben.

Wir haben durchaus wahrgenommen, dass einige junge Menschen gut mit der Situation zurechtgekommen sind. Andere brauchten definitiv Anlaufstellen und Hilfen – und vor allen Dingen Kontakte. Beziehungsarbeit ist in der Situation, in der Schule weggebrochen ist, das Grundlegende gewesen. Genau dies wird in Krisen benötigt, und zwar verlässlich. Daher können wir nicht erst anfangen, zu überlegen, wie wir jetzt die Hilfen bereitstellen, wo diese Personen sind und wie wir die Hilfen finanzieren. Sie müssen da sein. Sie müssen niedrigschwellig zur Verfügung stehen. Sie müssen auch im Alltag für die jungen Menschen erreichbar sein.

Die Hilfen, die angefragt werden, entsprechen genau dem, was die COPSY-Studie aufgezeigt hat und was gerade auch benannt wurde. Wir haben es tatsächlich damit zu tun, dass es Ängste gibt. Ich möchte nicht alles pathologisieren und sagen, das sei eine Erkrankung. Es gibt einfach auch Unsicherheiten, mit denen junge Menschen in die Schule zurückgekehrt sind. Das betrifft den sozialen Abgleich, den Verlust der Peergroup und das Wissen darum: Wie wirke ich eigentlich im Umgang mit den anderen? Wie reagieren sie auf mich? Bin ich dort anerkannt? Werde ich gemocht? Es

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

betrifft aber auch das Thema: Wie bin ich selber in den zwei Jahren gereift? Wie habe ich mich entwickelt? Wie reagieren die anderen darauf, dass ich auf einmal völlig anders aussehe und mich selber auch noch finde? Das sind Fragen, die einfach eine Rolle gespielt haben.

Wir haben Konflikte auf den Pausenhöfen gehabt – nicht, weil Schüler sozial auffälliger geworden sind, sondern, weil im Spiel unklar war: Wo ist die Grenze, und wo verletzt sich jemand anderes? Das ist dadurch verloren gegangen, dass man das im spielerischen Verhalten überhaupt nicht hat abgleichen können.

Das ist alles nichts Neues, wenn wir uns damit beschäftigen, wie die sozial-emotionale Entwicklung von jungen Menschen verläuft und was es braucht, um in eine Gesellschaft hineinzuwachsen. Aber da sind Hilfen und Unterstützung notwendig.

Wir haben auch gemerkt, dass die Zeit durchaus auch genutzt wurde, um digital dazuzulernen. Das hat positive Seiten. Wir sind alle digital kompetenter geworden – noch nicht voll; aber wir sind auf dem Weg. Das ist ein Gewinn. Allerdings birgt das auch Gefahren. Manche jungen Menschen sind tatsächlich in Richtung des Gamings oder in soziale Medien abgeglitten. Das sind Themen, die in Schule eine Rolle spielen.

Wenn ich mir anschau, welche Aufgaben alle bei Lehrkräften liegen, dann habe ich vollsten Respekt vor diesem Beruf. Ich denke aber auch, dass es unterschiedliche Ausbildungsgänge und unterschiedliche Qualifikationen gibt. Warum werden sie in dem System der Schule nicht entsprechend breit angelegt und auch in der Schule mit aufgenommen und verankert, und warum wird dort nicht zusammengearbeitet? Da braucht es verschiedene Expertisen, die auch in Schule tätig werden. Das muss entsprechend gesichert sein.

Genauso ist auch die Frage der Leistungserwartung zu nennen. Wir merken, dass von den jungen Menschen unwahrscheinlich viel Leistung erwartet wird und die Schule einfach wieder zum Alltag zurückgekehrt ist. Da muss Druck herausgenommen werden – nicht im Sinne des Leistungsniveaus, aber im Sinne der Erwartungshaltung, die wir an junge Menschen richten.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. – Wir gehen nun zur nächsten Fragerunde über. Ich darf den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten in Erinnerung rufen, dass wir uns jetzt auf maximal drei Sachverständige konzentrieren und freundlicherweise im Sinne der Sachverständigen diese drei auch direkt zu Beginn nennen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Das passt wunderbar, Herr Vorsitzender, weil ich mich auch an genau drei Sachverständigen wenden wollte. – Die erste Frage geht an Frau Professor Schneider. Sie haben gerade schon sehr eindrucksvoll ausgeführt, warum wir bei Fragen der psychosozialen Gesundheit insbesondere junge Menschen in den Blick nehmen müssen und dass Schule dabei ein Ort ist, an dem wir alle erreichen. Jetzt frage ich mich darüber hinaus, wie wir das noch in eine größere Breite bringen können und insbesondere auch die Angebote der Jugendarbeit nutzen können, zum

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Beispiel beim Thema „Anti-Stigma-Arbeit“. Könnten Sie dazu noch näher ausführen, vielleicht auch in die Richtung, wie man die Arbeit im Quartier – also nicht nur in Schule, sondern breiter aufgestellt – nutzen sollte und was wir landesweit in diesem Bereich verbessern können?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Dr. Renken und Frau Fleck vom Gesundheitsamt Dortmund. Sie haben sehr stark das Projekt „Verrückt? Na und!“ gehighlighted. Das, was Sie beschreiben, ist ja sehr positiv. Was müssten wir dafür tun, um dieses Projekt landesweit auszurollen? Würden Sie überhaupt sagen, wir sollten es landesweit ausrollen? Und wenn ja: Welche landesseitigen Veränderungen, vielleicht auch gesetzlichen Veränderungen, wären da aus Ihrer Sicht nötig? Sie haben gerade auch den Begriff „Gesundheitsbildung“ genannt. Das ist dann ja etwas, von dem das Land unmittelbar berührt ist.

Mit der dritten Frage wende ich mich an Frau van Heemskerck von der komba gewerkschaft. Es geht mir noch einmal um den konkreten Adressatenkreis. Wer hat eigentlich Verantwortung? Würden Sie sagen, dass Lehrerinnen und Lehrer Verantwortung haben, sich auch um die psychosoziale Gesundheit der Schülerinnen und Schüler zu kümmern? Oder sind das andere Professionen?

Sie sind auch darauf eingegangen, dass Sie die Unterstützung von Familien stärker in den Vordergrund rücken wollen. An was haben Sie da gedacht? Welche landesseitigen Regelungen müssten dafür geschaffen werden?

Vorsitzender Florian Braun: Ich gebe zu, dass das zu Beginn etliche Hinweise meinerseits waren, und darf freundlich in Erinnerung rufen, dass wir es möglichst bei einer Frage pro Fragerunde an bis zu drei Adressaten belassen. Vielleicht schaffen wir es, uns etwas mehr daran zu halten, um das Verfahren auch für alle Beteiligten einfacher zu gestalten. Vielleicht gelingt es uns auch, die Fragen kürzer zu halten als die Antworten.

Claudia Schlottmann (CDU): Meine Frage geht an Frau Geerlings, Frau van Heemskerck und Frau Mesch. In dem der Anhörung zugrunde liegenden Antrag wird die Forderung nach der Einstellung von Gesundheitsfachkräften aufgeführt. Halten Sie die Ergänzung um diese Fachkräfte im bestehenden System für sinnvoll?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Meine Frage richtet sich an Frau Professor Schneider, Frau Poth und Frau Staar. Fast alle Sachverständigen – oder zumindest viele – haben von einem Gesamtkonzept gesprochen, Frau van Heemskerck auch von einheitlichen Qualitätsstandards. Gibt es denn im Rahmen des föderalen Systems Vorbilder aus anderen Bundesländern, die wir für uns in Nordrhein-Westfalen nutzbar machen können?

Carlo Clemens (AfD): Meine Frage möchte ich an Herrn Seifen, Herrn Professor Hörmann und Herrn Dr. Heidemann richten. Es geht dabei um das soziale Miteinander in

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Schulen, das möglicherweise durch die Coronapolitik in erheblichem Maße erschwert wurde. Es gab ja immer auch Personen, die nicht so ganz ins Raster gepasst haben, zum Beispiel Schüler mit Maskenbefreiung oder auch ungeimpfte Schüler; die STIKO empfiehlt ja mittlerweile die Coronaimpfung ab fünf Jahren. In mindestens einer Stellungnahme wurde die Behauptung aufgestellt, dass solche Schüler möglicherweise auch ein Stück weit in die Ecke getrieben wurden. Es heißt zum Beispiel in der Stellungnahme von Herrn Seifen: Verhaltenskontrollen, Stigmatisierungen, Sanktionierungen. – Gerade auch vor diesem Hintergrund möchte ich den drei genannten Sachverständigen die Frage stellen, ob sie diesen Aspekt der Ausgrenzung einmal näher erläutern könnten, auch hier wieder besonders mit Bezug darauf, was das psychisch mit den Betroffenen im schulischen Bereich macht.

Ina Besche-Krastl (GRÜNE): Ich habe eine Frage an Frau Larhtami von der Bezirksschüler*innenvertretung und dem Jugendring Köln. Anfang November dieses Jahres hatten Sie in Köln eine Veranstaltung, bei der Sie gemeinsam mit Politiker*innen auch die „Utopie Schule 2030“ entwickelt haben. Uns würde interessieren, was die zentralen Inhalte dieser Utopie waren.

Dann habe ich noch eine wirklich kurze Frage an Frau Staar von der Landeselternkonferenz. Sie haben im Rahmen Ihrer Forderungen Konzepte für Distanzunterricht gefordert, die als Ausnahme für bestimmte Gruppen sehr wichtig sein können. Unsere Frage lautet: Welche Gruppen würden Sie als wichtig identifizieren, und welche Inhalte sollten diese Konzepte auf jeden Fall aufweisen?

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Ein gänzlichliches Gesamtkonzept, bei dem wir sagen würden: „Wow, das ist es; das müssten wir auch haben“, finden wir so nicht vor. Wir finden in zahlreichen Bundesländern, beispielsweise in Bremen oder in Hamburg, ansatzweise das, was Frau Poth vorhin beschrieben hat. Ich möchte jetzt nicht noch einmal ausführen, was Gesundheitsfachkräfte entlastend in Schule leisten können.

Letztendlich geht es ja auch um eine Entlastung der Lehrkräfte. Jetzt haben wir ganz viel über die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler und die psychische Belastung der Schülerinnen und Schüler gesprochen, aber Lehrerinnen und Lehrer ein bisschen ausgeklammert. Wir wissen aber, dass die Pandemie auch ganz viel mit Lehrkräften gemacht hat und Überforderungen in diesem Bereich hervorgerufen hat. Lehrkräfte müssen inzwischen das Lehren, das Betreuen, das Putzen, das Umsetzen der Hygienemaßnahmen, das Beurteilen und vieles mehr bis hin zu Medikamentenvergabe leisten, obwohl sie in vielen dieser Bereiche gar nicht qualifiziert sind. Das muss man einfach so sagen. Es ist nicht so, dass man Lehrern absprechen würde, dass sie das vom ganz normalen Menschsein her könnten. Aber es kommt in diesem Bereich zu einer Überforderung.

Das ist einer der Hauptgründe, warum wir sagen, dass wir neben der Schulsozialarbeit auch andere Kräfte brauchen, die Lehrkräfte noch einmal unterstützen und entlasten

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

können. Das kann eine solche gesundheitspflegerische Kraft sein, die dann auch in diesem Fach ausgebildet ist und beurteilen kann, ob dieser Junge so krank ist, dass sie die Mutter anruft und ihn abholen lässt, oder ob dieses Mädchen so schwer verletzt ist, dass sie den Notarztwagen ruft. Das spart den Lehrkräften dann wieder Zeit.

Es geht also immer wieder um die Multiprofessionalität in Schule und die Entlastung der Lehrkräfte. Denn wenn wir einen Notstand haben, wirkt er sich auch auf die Schülerinnen und Schüler aus, weil Lehrkräfte nicht mehr so zur Verfügung stehen, wie das notwendig ist. Außerdem brauchen wir, wie die Landesschülervertretung, aber auch die Bezirksschülervertretung noch einmal unterstrichen haben, Menschen, die ansprechbar sind und eben nicht „Ich kann jetzt nicht; ich muss in den nächsten Unterricht“, sondern „Ich bin für dich da; ich höre dir zu“ sagen.

Damit komme ich zu der zweiten Frage. Was den Distanzunterricht angeht, haben wir tatsächlich eine bestimmte Gruppe im Blick. Das sind die Eltern – die nach wie vor auch heute noch bei uns anklopfen und sich im Augenblick sehr alleingelassen fühlen – von Kindern und Jugendlichen, die zu vulnerablen Gruppen gehören. Diese Kinder und Jugendlichen hatten schon vor der Pandemie eine bestimmte Vorerkrankung und befinden sich jetzt durch die Pandemie in einer Belastungssituation. Da gab es ja sehr unterschiedliche Auffassungen der Mediziner und auch der Virologen, die gesagt haben, dass für das eine Kind ein höheres Risiko besteht und für das andere ein geringeres.

Dort, haben wir gesagt, könnte der Distanzunterricht eine „Bereicherung“ sein – in Anführungszeichen. Denn natürlich ist für uns Schule vor Ort durch den sozialen Austausch – die Bildung kommt selbstverständlich immer dazu – und den sozialen Kontakt eines der zuvördersten Dinge, die klappen müssen. Deswegen ist auch die Gesundheitsvorsorge in Schule elementar wichtig. Aber für bestimmte Gruppen würden wir es begrüßen, wenn es entsprechende Angebote gäbe, bei denen man weiter mit seinem sozialen Kreis in Kontakt bleiben kann, auch wenn man zu Hause ist, und weiterhin seine Unterlagen bekommt, sodass man aus dem Bettelstatus herauskommt, in dem Eltern sich dann häufig befinden, weil sie nachfragen müssen oder gar zu den Mitschülern laufen müssen, um Unterlagen zu bekommen. Das ist also der Grund, warum wir sagen, dass es für diese Schülergruppe eine bessere Rechtsverbindlichkeit braucht.

Florence Geerlings (Geschwister-Scholl-Grundschule Neuss): Ich beantworte gern die Frage, ob ich die Ergänzung um Gesundheitsfachkräfte in Schulen sinnvoll finde. Man darf nicht vergessen, dass der Job von Lehrerinnen und Lehrern eigentlich der Bildungs- und Erziehungsauftrag ist. Die Multiprofessionalität, die in letzter Zeit bzw. schon in den letzten Jahren abverlangt wird, ist natürlich sehr hoch. Es gibt Kinder mit Unterstützungsbedarf in den Schulen, also den Schulen des Gemeinsamen Lernens; noch sind ja nicht alle Schulen so weit; in einigen Kreisen existieren immer noch die sogenannten Kompetenz-Schulen. Da gibt es auch Kinder mit Selbst- und Fremdgefährdung und zudem die Medikamentengabe, von der wir gerade gehört haben. Das

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

erfordert natürlich eine Flexibilität und ein hohes Maß an Verantwortung von Lehrerinnen und Lehrern. Es ist auch im Schulalltag schwierig umsetzbar. Daher wäre, wie ich immer sage, eine Aufstockung des Personals, natürlich auch durch Schulsozialarbeit oder auch durch Gesundheitsfachkräfte, schon als notwendig zu betrachten.

Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen): Ich möchte zunächst auf die Frage eingehen, wo wir denn die Verantwortung verortet sehen. Ich glaube, dass wir Schule schon länger neu denken müssen. Wir müssen uns dieses System multiprofessioneller anschauen, gerade auch im Hinblick auf den Rechtsanspruch auf Ganztage ab 2026. Systeme dürfen meines Erachtens nicht nebeneinanderher laufen. Das passiert momentan aber noch. Es gibt Best-Practice-Beispiele, wo Schule, OGS und Schulsozialarbeit gut zusammenarbeiten. In der Regel liegt das aber an den Menschen vor Ort und funktioniert nicht deshalb, weil es koordiniert ist oder dazu klare Vereinbarungen gibt. Deswegen sagen wir: Es gibt schon gute Ansätze. Aber man sollte diese noch einmal betrachten und darüber nachdenken, wie man da über Evaluation nachbessern kann.

Der Auftrag von Lehrerinnen und Lehrern ist, wie Frau Geerlings richtig gesagt hat, die Bildung und Betreuung. Bei all den Herausforderungen, die wir auch schon vor Corona bei Schülerinnen und Schülern hatten, wäre es sicherlich gut, andere Professionen noch effektiver zu nutzen.

Im Bereich der Schulsozialarbeit wäre es sinnvoll, wenn man Koordinierungsstellen auch ohne die derzeit nach der Richtlinie notwendige Mindestzahl von 30 Fachkräften in Schulsozialarbeit je Koordinierungsfachkraft einrichten könnte, damit es hier einen besseren Austausch gibt, um Projekte auch synergetisch zu nutzen.

Sie sprachen gerade vom Quartiersgedanken. Diesen Gedanken haben wir auch. Wenn sich das Leben der Kinder und Jugendlichen in den nächsten Jahren durch weitere Rechtsansprüche noch einmal verändert, müssen wir meines Erachtens das Quartier an sich betrachten, also nicht nur die Schule, sondern auch alles, was dazu gehört.

Außerdem haben Sie gefragt, wie wir die Förderung oder die Berücksichtigung der Eltern und der Familien sehen. Wir sind der Meinung, dass es nur starke Kinder geben kann, wenn es auch starke Eltern gibt. In der Schule stehen zwar die Schülerinnen und Schüler im Vordergrund. Auch dort sollten wir aber den Blick auf Familien werfen und schauen, wie man da noch einmal unterstützend wirken kann. Das passiert durch Schulsozialarbeit auch schon ansatzweise, ist aber noch sehr ausbaufähig. Denn es nutzt gar nichts, wenn Schülerinnen und Schüler in solchen Beratungssettings sind, aber Eltern nicht mit im Boot sind. Das ist ein bisschen wie Pflaster auf eine Wunde zu kleben, die man eigentlich nähen müsste. Deswegen sollten wir die Eltern nicht aus dem Blickfeld lassen. Wir müssen sie weiter im Fokus behalten oder mehr in den Fokus nehmen.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Jetzt möchte ich direkt noch auf die zweite Frage zum Thema „Gesundheitsfachkräfte“ antworten. Wir sind nicht der Meinung, dass sie gar keine Chance haben sollten, auch berücksichtigt zu werden. Bevor man neue Systeme mit aufnimmt, ist unseres Erachtens aber erst einmal in den Blick zu nehmen, was wir haben und wie wir das optimieren können. Ich habe es gerade schon mit in die Antwort auf die andere Frage aufgenommen. Es macht überhaupt keinen Sinn, nur immer wieder draufzusatteln oder zu ergänzen, ohne erst einmal zu schauen, was wir haben und was dann eine gute Ergänzung wäre. Schulsozialarbeit zum Beispiel braucht auch ganz viel Zeit für administrative Abläufe. Wenn sie Projekte planen, müssen sie in die Klassenpläne und in die Stundenpläne schauen, um zu sehen, wann sie sie durchführen können. Dadurch geht ganz viel Zeit mit dem Kind verloren. Das sollte man genauso wie bei den Lehrern oder den anderen Professionen tatsächlich evaluieren, Aufgabenkritik vornehmen und dann schauen, wie Gesundheitsfachkräfte sicherlich auch ergänzend positiv im System wirken können.

Helmut Seifen [*per Video zugeschaltet*]: Zur sozialen Ausgrenzung: Soziale Ausgrenzung ist nichts Neues. Man erlebt immer wieder, dass Schüler und Schülerinnen ausgegrenzt werden. Wir kennen auch aus der Literatur den Roman „Stopfkuchen“ von Wilhelm Raabe oder die Erzählung „Unterm Rad“ von Hermann Hesse. Das gibt es also immer wieder. Dagegen geht man auch in den Schulen an. Es gibt Mobbing-Projektwochen und die sonstigen Geschichten, bei denen diese Bereiche aufgearbeitet werden und die Schüler dahin geführt werden sollen, dass sie möglichst niemanden verletzen.

Im Rahmen der Coronamaßnahmen haben wir aber eine völlig andere Dimension gehabt. Hier ist die Ausgrenzung von außerhalb der Schule angesetzt worden – die Geimpften gegen die nicht Geimpften; die Maskenträger gegen diejenigen, die diese Masken nicht so gut fanden. Die innerschulische Ausgrenzung wurde also durch ein Dauerfeuer von Hinweisen begleitet, dass Ungeimpfte ganz schlimm sind und dass Leute, die die Maske nicht tragen wollen, alle möglichen Leute anstecken. Es gibt Aussagen, dass Lehrer sich vor ein Kind stellen, es anbrüllen und sagen: Wenn du die Maske nicht aufsetzt, muss vielleicht meine Mutter sterben. – Das habe ich mir jetzt nicht ausgedacht. Das gibt es so.

Das heißt, dass wir es hier mit dem Erlebnis von Schülern und Schülerinnen zu tun haben, die merken, dass sie nicht aufgrund ihrer falschen Kleidung, ihres Haarschnitts oder möglicherweise von Verhaltensweisen ausgegrenzt werden, sondern dass sie sich plötzlich in einer Gruppe wiederfinden, die total ausgegrenzt wird, und zwar auch von Lehrern, die sich normalerweise nicht daran beteiligen, dass Schüler ausgegrenzt werden. Eine Ausgrenzung durch Lehrer gibt es oder gab es vielleicht auch. Aber ich habe das so noch nicht erlebt. Der Lehrer ist eigentlich immer die Bezugsperson, zu der man gehen kann – oder zu den Beratungslehrern –, um sich Trost zu holen. Hier war es anders. Das ist das besonders Schwere, weil die Schüler jetzt niemanden hatten, zu dem sie gehen konnten, wenn sie anderer Meinung waren.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Hinzu kommt Folgendes: Manche Schüler waren im Spagat zwischen dem Elternwillen und dem, was in der Schule die Schulordnung gewollt hat. Auch da waren sie also quasi ausgeschlossen und mussten das ertragen oder sich anpassen. Insofern waren sie in einem starken inneren Gewissenskonflikt.

Ich muss niemandem in dieser Runde erklären, dass nicht nur wir Erwachsenen, sondern gerade auch junge Leute die soziale Gruppe brauchen wie das tägliche Brot. Das gehört zur Persönlichkeitsentwicklung einfach dazu. Diese Dinge, die da gelaufen sind, haben bei einigen Schülern und Schülerinnen zu einer tiefgreifenden Störung geführt.

Hier ist gerade angeführt worden, dass man in der Schule Leistung bringen soll. Das war übrigens immer so. Es ist aber auch nebensächlich. Denn Leistung bringt man immer dann, wenn man sich wohlfühlt und sich geborgen fühlt. Dann hat man zwar Stress; das ist klar; den hatten wir früher auch. Aber wenn man sich geborgen fühlt und begleitet wird, kriegt man das alles hin.

Letzter Satz: Diese kollektive Ausgrenzung war das, worunter die Schüler schockartig gelitten haben.

Prof.'in Dr. Silvia Schneider (Ruhr-Universität Bochum, Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit): Ich antworte zunächst einmal auf die Frage, was es an Breite der Versorgung, möglicherweise auch in Quartieren als wohnortnahe Versorgung, braucht. Jetzt haben wir vor allen Dingen den Bereich der Prävention und der Frühintervention in den Schulen – wo wir alle Kinder erreichen können, was ein Riesenvorteil ist – behandelt. Hier brauchen wir für Prävention natürlich erst einmal Wissenszuwachs bei dem Lehrpersonal, aber auch bei den Schülerinnen und Schülern selbst. Im Sinne einer gestuften Versorgung müssen wir vor allen Dingen präventive Ansätze in den Schulen stärken, und zwar möglichst mit evidenzbasierten Verfahren. Es wird immer wieder viel Prävention gemacht. Gut wäre es, auch bundesweit einen Präventionskanon zu entwickeln, auf den sich Schulen ein Stück weit einigen können, damit so etwas zum Beispiel auch in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit hineinkommt. Ich denke, die Daten sind klar; das Thema muss in den Schulen behandelt werden.

Ein anderes Problem, das wir unbedingt angehen müssen, ist die Tatsache, dass wir in Deutschland eine massive Fragmentierung der verschiedenen Hilfesysteme für Kinder und Jugendliche haben. Damit meine ich zum Beispiel Folgendes: Wenn eine psychische Störung vorliegt und eine kinder- und jugendpsychiatrische oder -psychotherapeutische Versorgung notwendig ist, greift das Sozialgesetzbuch V. Diese Kinder sind typischerweise aber auch noch in der Jugendhilfe und in verschiedenen anderen Systemen, die unter das Sozialgesetzbuch VIII fallen. Hier kommen die verschiedenen Systeme oft nicht zueinander, weil an den Schnittstellen bestimmte Lücken bestehen, bei denen niemand zahlen möchte. Das ist ein Riesenhemmnis für eine gute Versorgung. Auf Bundesebene gibt es übrigens auch schon Versuche, das irgendwie anzugehen. Damit hat man 2019 begonnen. Ich habe noch einmal den Bericht gelesen. Es

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

gab viele Versprechungen. Aber letztendlich wurde nichts umgesetzt. Hier wäre es wirklich dringend geraten, das besser miteinander zu vernetzen.

Außerdem brauchen wir eine kohärente Strategie, damit unsere Familien nicht, wie wir es immer wieder erleben, mit unterschiedlichen Botschaften aus den verschiedenen Systemen konfrontiert sind. Das heißt: Welches Fallkonzept wird für die Familie gemeinsam und auch interdisziplinär erarbeitet? Es geht auch darum, dass wir von der Schulsozialarbeit, den Lehrern, der Medizin und der Psychologie her zusammen denken und uns verständigen, um das bestmögliche System für die Familie zu entwickeln, und zwar am besten wohnortnah in Quartieren.

Wir versuchen das gerade in Bochum-Wattenscheid umzusetzen. Es ist ein sehr ambitioniertes Projekt. Aber wir wollen es versuchen, weil wir sagen: Wir wissen eigentlich, was diese Familien brauchen, was diese Schülerinnen und Schüler brauchen, was diese jungen Kinder brauchen, und müssen das wirklich in die Anwendung bringen. Wir müssen die verschiedenen Akteure auch gemeinsam ins Gespräch bringen, und zwar auf Augenhöhe – das ist etwas sehr Wichtiges –, damit wir hier etwas reißen können. – Dazu braucht es aber auch Geld und am Ende eine Verstetigung des Ganzen.

Auf die zweite Frage werde ich aus Zeitgründen nur ganz kurz eingehen. Es gibt ein Modell aus England, das sich „Improving Access to Psychological Therapies“ nennt und für psychische Störungen entwickelt worden ist. Ein Gesundheitsökonom und ein Psychologe haben sich zusammengetan und setzen konsequente Evidenzbasierung in der Behandlung psychischer Störungen um – mit einem Rückmeldesystem, in dessen Rahmen jede Therapie evaluiert wird und nach einem Benchmark-Prinzip geschaut wird, wie gut sie funktioniert. Als lernendes System hat das die Versorgung verbessert. Dieses sehr gute Modell ist auch für Prävention und für gestufte Versorgung denkbar.

Dr. Frank Renken (Stadt Dortmund, Gesundheitsamt): Ich bin direkt auf das Projekt „Verrückt? Na und!“ angesprochen worden. Der Verein, der dahintersteckt, nennt sich „Irrsinnig Menschlich“. Was machen wir da? Das Ganze beruht darauf, dass jeweils ein Zweierteam, ein Tandem, in die Klassen geht. Die erste Person ist eine sogenannte persönliche Expertin oder ein sogenannter persönlicher Experte. Das ist ein Mensch, der von einer seelischen Störung entweder betroffen ist oder betroffen war, also aus eigenem Erleben heraus etwas über seine Erkrankung, seinen Zustand und seine Gefühle sagen kann. Die zweite Person ist eine fachliche Expertin oder ein fachlicher Experte. In unserem Fall haben wir eine fachliche Expertin – sie sitzt hier direkt neben mir –, die das bei uns im Gesundheitsamt koordiniert und macht.

Diese beiden gehen als Tandem dorthin und vermitteln jeweils aus der eigenen Perspektive die Dinge, indem sie dann so antworten, wie die Kinder und Jugendlichen fragen. Das typische Vermitteln von Lerninhalten nach Fakten ist zwar auch vorhanden, kommt aber sehr kurz. Es ist also nicht ein faktenbasiertes Lernen, mit dem man am Ende in einer Prüfung bestehen kann. Das ist etwas anderes.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Gleich zu Anfang möchte ich eine Äußerung zitieren, bevor ich nachher aus Zeitgründen nicht mehr dazu komme, weil ich das für etwas ganz Wichtiges halte. Nachdem ein solcher Schultag an einem Gymnasium in Dortmund stattgefunden hatte, hat ein Mathematiklehrer – das betone ich deswegen, weil wir ja alle wissen, dass das Menschen sind, die doch eher nüchtern strukturiert sind – gesagt: Quadratische Gleichungen in der Mathematik zu lernen, ist sicherlich wichtig. Aber ein Schultag wie heute mit der Möglichkeit, über seelische Gesundheit, seelische Krisen und seelische Erkrankungen zu sprechen, ist hundertmal wertvoller; denn das ist ganz basal und die Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt gut lernen können. Es ist wichtig, über Belastungen im Schulalltag, über unser Klassenklima, über unseren Umgang miteinander und darüber zu sprechen, was jeder Einzelne von uns tun kann, damit wir uns alle in der Klassengemeinschaft wohlfühlen.

Ich glaube, dass diese Aussage viel mehr sagt, als ich zum Ausdruck bringen kann, wenn ich Ihnen hier erkläre, was wir in den Klassen machen. Genau das wollen wir auslösen. Wir wollen also ein Gefühl dafür auslösen, worüber wir hier eigentlich reden.

Dazu, ob dieses Programm geeignet ist, landesweit ausgerollt zu werden, möchte ich hier nicht ausführen. Es gibt gute Gründe, zu sagen: „Ja, das ist eine feine Sache“; denn wir stehen fachlich 100 % dahinter. Es ist aber nicht so, dass diese Tandems geboren und plötzlich da sind. Insofern können wir sie nicht ungeschlechtlich vermehren und über ganz Nordrhein-Westfalen ausrollen. Nein, wir müssen diese fachlichen und persönlichen Expertinnen und Experten immer wieder neu zusammenstellen. Dabei müssen wir auf ehrenamtliches Engagement bauen. Sie erhalten zum Teil auch eine Aufwandsentschädigung, werden aber nicht regulär bezahlt.

Unsere Koordinatorin wird bezahlt. Sie ist bei der Stadt Dortmund angestellt. Dafür gibt es auch keine Zuschüsse, keine Förderung und gar nichts. Dass wir sie aus eigenen Mitteln bezahlen, liegt daran, dass wir 2017/2018 entschieden haben: Dieses Projekt ist so wichtig, dass wir es durchführen. – Geld fließt im öffentlichen Dienst üblicherweise entweder dann, wenn jemand meint, dass das unbedingt sein muss, oder dann, wenn der Gesetzgeber einem eine Aufgabe gegeben hat. Als kommunaler Vertreter muss ich immer nach dem arbeiten, was der Gesetzgeber sagt. Er legt fest, was wir tun dürfen und was wir tun müssen.

Jetzt komme ich auch zum Schluss. Das ist nämlich eine Denksportaufgabe für Sie, weil Sie die Entscheiderinnen und Entscheider sind. Das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst legt fest, was wir in den Gesundheitsämtern machen müssen, und damit, was die Kommunen an dieser Stelle tun. Die Präventions- und die Gesundheitsförderungsaufgaben sind in diesem Gesetz nicht als Pflichtaufgaben definiert. Darin steht nicht „Pflichtaufgabe“, sondern „Sollaufgabe“. Wir haben definiert – „wir“ bin in diesem Fall ich –: Soll ist gleich Muss. Warum? Weil es um Kindergesundheit geht und weil wir in Dortmund ein Kindergesundheitsziel klar formuliert haben. Deshalb haben wir gesagt: Wenn wir es so wichtig finden, dass Kindergesundheit einen besonderen Wert hat, und wenn wir etwas dafür tun wollen, dann müssen wir auch Geld in die Hand nehmen.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Mein Ansatz für Sie als Entscheiderinnen und Entscheider ist, darüber nachzudenken, ob Sie im ÖGDG eine Formulierungsänderung dahin gehend vornehmen, dass Sie die Aufgaben der Gesundheitsförderung und der Prävention, was insbesondere Kinder und Jugendliche angeht, nicht mehr als eine Kannaufgabe oder eine Sollaufgabe, sondern als eine Pflichtaufgabe definieren. Damit werden Sie sicherlich auch eine Zahlungsverpflichtung des Landes auslösen. Aber im gleichen Maße lösen Sie auch eine Zahlungsverpflichtung jeder Kommune aus. Und wir alle leben immer in einer Kommune. Wir leben nicht hier im Landtag und nicht im Plenarsaal.

Safiya Larhtami (Bezirksschüler*innenvertretung Köln; Kölner Jugendring): Gerade wurde der „Break the Silence“-Day angesprochen. Er fand am 4. November 2022 an der IGIS statt. Wir wollten ihn eigentlich nicht „Fachtag“ nennen. Aber es war ein Austauschtag über die mentale Gesundheit von Schüler*innen, zu dem verschiedene Politiker*innen eingeladen wurden und bei dem Schüler*innen oder generell Menschen aus der Schule – Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen – vertreten waren. Der Tag war so aufgebaut, dass es immer Anlaufstellen gab, aber auch Workshops, bei denen man auch mit Politiker*innen diskutieren konnte.

Ein Workshop davon war „Utopie Schule 2030“. Dort ging es darum, wie die Traum-
schule 2030 aussieht. Ich trage jetzt einmal die wichtigsten Ergebnisse vor.

Vor allen Dingen wünschen sich Schüler*innen oder generell auch Lehrer*innen, dass Schule zu einem Wohlfühlort wird, dass Schule also nicht mehr so gefürchtet wird oder nicht mehr ein Ort ist, wo man eigentlich keinen Bock hat oder auch Angst hat, hinzugehen, und wo man weiß: Ich werde da nur mit Druck und nur mit Stress konfrontiert; von mir wird dauernd etwas erwartet, was ich nicht geben kann und nicht leisten kann; ich bin eigentlich nie gut genug.

Ein Ergebnis war also, dass wir uns wünschen, dass der Druck herausgenommen wird. Das heißt, dass die Stoffmenge gekürzt wird. Denn die Stoffmenge, die wir momentan in dem Zeitraum zu bewältigen haben, kann man eigentlich nur schaffen, indem man Bulimielernen betreibt. Kurz zur Erklärung: „Bulimielernen“ bedeutet, dass man den Stoff auf einmal ganz schnell aufnimmt und am Tag später quasi auskotzt oder einfach so wiedergibt, dass man sich gar nichts davon gemerkt hat und auf weitere Sicht eigentlich keinen Lernerfolg hat.

Man sollte zum einen die Stoffmenge verringern – damit wird Bulimielernen meiner Meinung nach automatisch vermieden – und zum anderen die Tage verkürzen, also den Stundenplan kürzer machen, damit man sich in der Freizeit auch noch mit seiner mentalen Gesundheit beschäftigen kann. Denn den Schüler*innen fehlt momentan einfach die Zeit, um wirklich zu reflektieren: Was brauche ich? Was fehlt mir? In was muss ich Zeit investieren? Muss ich mehr Sport machen? Muss ich mehr Musik hören? Brauche ich einfach mal ein bisschen Zeit für mich? Muss ich mich mit irgendwem unterhalten? – Dazu fehlt einfach die Zeit, weil der Schulalltag voll mit Stress ist.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ein weiterer Punkt war, dass man Orte schaffen muss, an denen Schüler*innen in der Schule Zeit zur Selbstreflexion haben. Hier wurde auch schon mehrmals erwähnt, wie bedeutend es von der klinischen Seite her ist, die Wichtigkeit der mentalen Gesundheit generell einmal festzuhalten. Jungen Menschen muss man das einfach beibringen. Lassen Sie mich das kurz aus Schüler*innensicht darstellen. Jugendliche oder junge Menschen wissen nicht, wie wichtig es ist, eine gute mentale Gesundheit zu haben, bis sie einmal verstanden haben, wie es ist, wenn es einem mental nicht gut geht. Wenn man ihnen das beibringt und vor allem Prävention oder frühe Intervention betreibt, müssen sie dann nicht so durch die Hölle gehen, will ich einmal sagen.

Notwendig ist außerdem, einen Ausgleich zum Stress zu bieten. Man sollte daher zum Beispiel Anlaufstellen oder Methodentage fest im Schulalltag etablieren und unter anderem auch mehr Räume zur Verfügung stellen, also Ruhephasen, Ruhezeiten und auch feste Ruheorte ermöglichen, sodass man sich dort einmal hinsetzen und einfach kurz durchatmen kann.

Andere Sachen sind zum Beispiel professionelle Hilfe. Viele Schulen, vor allem viele Gymnasien, haben keine schulpsychologische Stelle. Dafür muss nämlich eine Lehrer*innenstelle gestrichen werden; und wir wissen alle, dass wir Lehrer*innenmangel haben. Deswegen wäre es gut, dafür zu sorgen, dass man auch professionelle Hilfe von Sozialarbeiter*innen hat und nicht nur Vertrauenslehrer*innen vorhanden sind.

Mit Blick auf die Redezeit will ich nur noch einen Punkt nennen. In Bezug auf Noten und Prüfungen sollte man überlegen, ob man auch anders Feedback geben kann. Der NC-Druck löst nämlich auch unglaublich viel Zukunftsangst in Schüler*innen aus. Das ist auch ein Grund, der vielleicht für einige neu ist, warum jetzt auf einmal so viele einen solchen Druck haben.

Dr. Marcus Heidemann (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Landesverband Westfalen-Lippe [per Video zugeschaltet]): Ich bin gefragt worden, ob sich die Ausgrenzung von Schülern durch die Belastungen noch in besonderer Weise verstärkt hat. Die Ausgrenzung findet natürlich nicht nur in der Schule statt, sondern die Schüler erleben auch einen Loyalitätskonflikt mit dem Elternhaus. Weil bestimmte Gruppen insbesondere gehetzt haben, haben sich diese Dinge erst aufgebaut. Ich persönlich habe genauso wie viele meiner Kollegen nie ein Maskenbefreiungsattest für einen normalen, gesunden Schüler in einer Regelschule ausgestellt. Es sind autistische Kinder und schwer geistig behinderte Kinder, die keine Masken tragen können. Das ist aber die Ausnahme. Das heißt: Was von Schülern an Maskenattesten vorgelegt wurde, kommt häufig aus Elternhäusern, die selber mit massiven Konflikten aufgeladen waren, die ja auch aus bestimmten politischen Richtungen unterstützt wurden.

Genauso ist das beim Thema „Impfen“. Es ist natürlich gut und sinnvoll, Kinder zu impfen. Wir als Berufsverband haben aber auch immer betont, dass die Freiheit da ist und dass wir überhaupt keine Notwendigkeit gehabt hätten, Kinder zu impfen, wenn die Erwachsenen sich vernünftig verhalten hätten. Die Kinder mussten auch da für die Unvernunft der Erwachsenen hinhalten. Die Freiheiten der Erwachsenen, die manche

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

gefordert haben, gingen auch da zulasten der Kinder. Insofern ist die Fragestellung, die gerade aufgeworfen worden ist, auch ein bisschen an den Fragesteller zurückzuspiegeln.

Wir müssen uns jetzt wirklich bemühen, die Kinder da vernünftig durchzukriegen. Dabei ist ganz wichtig, dass wir, wie Frau Larhtami gesagt hat, Druck aus der Schule herausnehmen, wo Druck aufgebaut wird. Es muss nicht immer der Standardweg über die Abiturphase und sonstige Stationen sein. Wenn Kinder am Anfang der Schulkarriere schon Druck und Konflikte verspüren, die an vielen Stellen dann auch hochgehalten werden, ist es immer schwierig. Schule muss erst einmal Spaß machen. Jedes Kind geht am Anfang mit Begeisterung in die Schule. Manchmal habe ich das Gefühl, dass es nur darum geht, diese Begeisterung möglichst schnell in Druck, Leistungsdruck und defizitorientiertes Denken umzuwandeln.

Den Schülern wird auch kaum mitgeteilt, was sie alles Tolles können und Tolles gelernt haben, sondern schon beim ersten Elternsprechtag geht es darum, was sie nicht können. Wenn wir da eine Umkehr vornehmen und Kindern vor allen Dingen das mitteilen, was sie können, haben wir viel zu gewinnen und schaffen zusätzlich ein positiveres Lebensumfeld. Denn Kinder sind toll; Kinder können ganz viel. Das müssen wir ihnen nur auch mal wieder sagen.

Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Ich bin nach einer Gesamtkonzeption gefragt worden. Außerdem wurde mir die Frage gestellt, inwieweit man eventuell Konzeptionen aus anderen Bundesländern auf NRW übertragen kann. Diese zweite Frage halte ich für tatsächlich sehr schwierig zu beantworten, weil jedes Bundesland eigene Strukturen und Voraussetzungen hat, die sich nicht ohne Weiteres aufeinander übertragen lassen.

Wenn wir aber auf NRW schauen, muss man sagen, dass Schule sich in den letzten Jahren sehr stark verändert hat, insbesondere in Bezug auf das Thema „Multiprofessionalität“. In den Grundschulen hatten wir vorher nur wenige Hundert sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase. Inzwischen sind multiprofessionelle Teams vorhanden. Auch in den weiterführenden Schulen hat sich da sehr viel getan.

Aber „multi“ oder „möglichst viel“ ist nicht automatisch gut und richtig. Das ist auch in anderen Wortbeiträgen schon angeklungen. Wir haben Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen. Wir haben Menschen aus unterschiedlichen Bereichen. Selbst in der Schulsozialarbeit haben wir unterschiedliche Arbeitgeber und unterschiedliche Arbeitsbedingungen. Ich halte es für absolut notwendig, dass wir hier eine Gesamtkonzeption entwickeln und Standards schaffen, die landesweit tragen. Dazu gehören auch die Definition von klaren Arbeitsfeldern und professionsspezifische Abgrenzungen.

Davon unbenommen geht es natürlich um die Gesamtverantwortung für die Kinder; das ist ganz klar. Aber jeder bringt seine Qualifikation mit. Da ist dann auch jede einzelne Schule gefragt. Jede einzelne Schule muss abhängig von ihrem Standort sowie

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

ihrer personellen und sächlichen Ausstattung schauen, wie sie ihre eigene Konzeption entwickelt. Dabei ist Folgendes sehr wichtig: Das geht nicht von heute auf morgen. Dafür brauchen die Schulen Zeit. Dafür müssen sie sich Zeit nehmen können. Das ist auch kein einmaliger Prozess, sondern er muss immer wieder weiterentwickelt werden.

Auch im Alltag muss Zeit für Austausch über Schülerinnen und Schüler und die Situation der Schule sein. Hier besteht ein ganz großer Mangel. Das ist das, was uns in Schulen gerade am meisten fehlt, auch wegen des Fachkräftemangels. Deswegen möchte ich mit dem Plädoyer schließen: Eine Gesamtkonzeption ja; aber dafür müssen auch die Voraussetzungen für die Schulen da sein.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich will zunächst auf das zurückgreifen, was Herr Seifen auch genannt hat. Das Problem, dass wir eine Spaltung, eine Diskriminierung und ein katastrophal verschlechtertes Schulklima haben, ist großenteils den Coronamaßnahmen zuzuschreiben. Sie haben Eindrücke geschildert, wie das Schulklima durch dieses rigide coronarepressive Maßnahmenregime verändert worden ist.

Ich will nur ein Beispiel nennen. Wenn ich jetzt zum Beispiel höre, man brauche Schulsozialarbeit, um mehr Gruppenarbeit zu machen, kann ich nur den Kopf schütteln. Was haben diejenigen für ein Bild vom Lehrer? Ich war lange Zeit Vorsitzender der Gesellschaft für Gruppenarbeit in der Erziehung. Alles ist weggefallen, als die Schulschließung galt; soziale Kontakte waren gar nicht möglich.

Schauen wir jetzt einmal auf Grundbegriffe der Pädagogik. Was ist Aufgabe des Lehrers? Zu unterrichten, aber auch zu erziehen und neuerdings zu bilden. Das sind die drei Bereiche. Was machen die Lehrer denn? Ich habe das Gefühl, dass die Leute meinen, die Lehrer würden nur unterrichten.

Oder zum Beispiel – das sei nur einmal genannt –: Wie kann man die Lehrer so fort- und weiterbilden, dass sie richtig unterrichten? Ich habe die Flugblätter der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung angeführt. Mit einem solchen Blödsinn, der darin steht, kann man auch nicht irgendjemanden irgendwie fortbilden. Das ist einfach miserabel. Selbst die Unterrichtsaufgabe kann bei solch schlechten Vorgaben nicht adäquat erfolgen.

Der zweite Punkt ist Erziehung. Erziehung war immer eine wichtige Aufgabe. Aber jetzt ist „Erziehung“ weitgehend ein Unwort, das man gar nicht mehr hören will. Man meint, erziehen sei ja maßregeln, bevormunden und alles Mögliche mehr. Es gibt einen Kollegen von mir, der ein Buch mit dem Titel „Plädoyer für Erziehung“ geschrieben hat. Wenn man es im Klassiker bei Herbart nachliest, sieht man, dass es dort immer „erziehender Unterricht“ heißt. Das ist das Maßgebliche.

Der dritte Bereich ist Bildung. Was macht die Bildungsforschung? Das ist Kompetenzforschung: kognitive Leistungsfächer. Schauen Sie sich das doch einmal an. Was wird denn in den PISA-Studien geprüft? Da wird nicht etwa moralisches Verhalten oder so

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

etwas – früher hieß das altmodisch „Herzensbildung“ – geprüft. Es werden nur kognitive Fähigkeiten geprüft. Das ist dann Bildung.

Ich habe immer gesagt, dass die meisten Psychologen, die so etwas durchführen, von Pädagogik überhaupt keine Ahnung haben und gar nicht verstehen, was das Wort „Bildung“ bedeutet. Nach Humboldt geht es auch um die allseitige Entfaltung aller Kräfte. Für diejenigen ist das wahrscheinlich ein spanisches Dorf oder so etwas. Das haben sie gar nicht gekannt. Sonst würden sie nicht von vornherein sagen, dass sie Bildungsforschung machen. Etwa eine Kollegin aus Bamberg möchte bei empirischer Bildungsforschung Lesen, Schreiben und auch Naturwissenschaften einbeziehen. Das ist keine Bildung.

Deshalb besteht meines Erachtens noch sehr viel Bedarf. Abgesehen vom Mangel muss die Ausbildung der Pädagogen nochmals besser werden. Man muss auch seine Hausaufgaben machen und darf nicht immer nur auf andere Berufsgruppen verweisen. Da waren die Lehrer größtenteils auch zu subaltern und zu untertan. Damit haben sie eigentlich auch ihren Auftrag verraten. Sie sind Erzieher und nicht nur Unterrichter.

Mein Plädoyer lautet also: Diskriminierung ist eine Folge dieser unglücklichen repressiven Coronamaßnahmen. Diese Maßnahmen haben das zu verantworten und nicht die Pandemie.

Dorle Mesch (LandesArbeitsGemeinschaft Schulsozialarbeit NRW): An mich wurde die Frage zu den Gesundheitsfachkräften gerichtet. Ich bin froh und dankbar, hier auch noch etwas zur Schulsozialarbeit sagen zu können, und möchte gern das bekräftigen, was einige Vorrednerinnen schon mitgeteilt haben. Schulsozialarbeit hat einen breiten Auftrag. Wir sind in der Einzelfallhilfe, in der sozialen Gruppenarbeit und in der Netzwerkarbeit tätig, und zwar sowohl in der Schulentwicklung als auch im Sozialraum. Das heißt, dass wir eine Scharnierfunktion nach innen und nach außen haben.

In der Pandemie haben wir dort, wo Schulsozialarbeit an den Schulen war, auch das überlastete außerschulische System unterstützen können und abfedern können. Wir waren da eine Anlaufstelle. Das kann man kurzfristig machen. Es sollte nicht auf Dauer so sein. Aber das ist etwas, wie man sich auch insgesamt aufstellen kann.

Wir arbeiten gerne präventiv und nicht interventiv. Deshalb ist es auch wichtig, frühzeitig in Schule zu sein und als Ansprechpartner für die jungen Menschen, für die Eltern und für die dort tätigen Kolleginnen zur Verfügung zu stehen. Mit denen arbeiten wir zusammen – gerade dann, wenn wir Aufträge gemeinsam haben. Da kooperieren wir sehr gut in den Schulen mit allen Beteiligten. Unser Wunsch wäre auch, dass man sich mit den vorhandenen Expertisen der unterschiedlichen Professionen – und deshalb gibt es sie – an einer Schule entsprechend aufstellt und auch nach außen hin agiert. Das ist das Anliegen.

Natürlich sagen wir als LAG Schulsozialarbeit – das verwundert nicht – trägerübergreifend, dass die Schulsozialarbeit systematisch auszubauen ist, dass Fachberatung und Koordination notwendig sind und dass es an der Stelle eine Systematik und auch

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Qualitätsstandards braucht, damit das Ganze an den Schulen identisch ist. Für junge Menschen darf es keinen Unterschied – je nachdem, an welcher Schule sie sind – geben und müssen die Hilfen einfach erreichbar sein.

Die Kooperation aller muss verbessert werden – nach innen und nach außen. Dafür braucht es auch personelle und zeitliche Ressourcen – für alle Beteiligten.

Ich merke, dass die Gefahr besteht, Professionen gegeneinander auszuspielen. Dagegen möchte ich mich verwehren. Das wäre auch im Sinne eines Gesamtkonzeptes nicht anzustreben. Schulsozialarbeit auf Kosten von Lehrerstellen ist ein Beispiel dafür.

Sollte man in Gesundheitsfachkräfte investieren oder eher in die Schulsozialarbeit? Das darf man nicht davon abhängig machen, was vor Ort gewünscht ist und wer da gerade welche Lobby hat. Wir brauchen hier ein Gesamtkonzept. Darüber muss gemeinsam entschieden werden. Ich vermag jetzt nicht zu sagen, was der Auftrag der Gesundheitsfachkräfte ist. Das wissen sie selbst am besten. Ich muss aber mit ihnen am Tisch sitzen, genauso wie mit Lehrkräften, und darüber entscheiden, wie wir zusammenarbeiten, wer was dazu beiträgt und wie eine Kooperation mit Blick auf junge Menschen, um die es hier geht, gelingt. Das geht mir manchmal ein bisschen verloren. Dazu braucht es Geld. Es braucht noch weitere Runden, um wirklich zu wissen, wofür man dann auch Geld in die Hand nimmt. Man muss mit Sicherheit auch klären, ob die entsprechend ausgebildeten Fachkräfte vorhanden sind. Denn sonst haben wir Qualitätseinbußen, die auch nicht sinnvoll wären.

Vorsitzender Florian Braun: Ich danke Ihnen. – Nun darf ich die nächste Fragerunde eröffnen. Sie kennen das Prinzip: eine konzentrierte Frage pro Fraktion. Danach geht es dann in die nächste Antwortrunde.

Jochen Ott (SPD): Herr Heidemann, in der Tat muss Schule auch Spaß machen. Das kann ich nur unterstützen. Im Übrigen möchte ich nur einmal darauf hinweisen, dass wir bereits in vielen Schulen auch Distanzunterricht haben. Die Frage ist nur, wie er begründet wird. Darüber reden wir gerade im Schulausschuss.

Meine Frage richtet sich jetzt an Herrn Heidemann, Frau Schneider und Frau Poth. Ich möchte noch einmal das aufgreifen, was Frau Schneider in ihrer Antwort zur Frage der Vernetzung mit den Versorgungssystemen in den Stadtteilen und den Angeboten vor Ort gesagt hat. Bei dem eben schon erwähnten „Break the Silence“-Day des Kölner Jugendrings und der Bezirksschülerversammlung Köln wurde eine beeindruckende Menge an Dingen von meiner Heimatstadt Köln angeboten. Ich habe gesehen, welche Möglichkeiten es da alles gibt, und ein ganzes Paket von Angeboten mitgenommen. Nach meinem Eindruck haben wir das Kernproblem, dass es, wie alle wissen, relativ unwahrscheinlich ist, die Schulpsychologie, die Schulsozialarbeit und andere Fachgruppen kurzfristig in sechs Monaten hinzubekommen, weil wir dazu längere Prozesse brauchen. Das müssen die regierungstragenden Fraktionen organisieren.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Florian Braun: Die Frage, Herr Kollege?

Jochen Ott (SPD): Ich komme jetzt zur Frage. Man muss das ja verstehen. – Wir haben also ein unglaublich großes Spektrum von Angeboten und brauchen kurzfristige Überlegungen. Deshalb lautet meine Frage an die drei genannten Sachverständigen: Stellen Sie sich bitte vor, dass Sie jetzt entscheiden müssten, wie man denn eine kurzfristige Entlastung mit all den Projekten organisiert. Haben Sie konkrete Vorschläge dazu, wie der Gesetzgeber helfen könnte, um das schnell und kurzfristig den Schülerinnen und Schülern dann auch zur Verfügung stellen zu können?

Jens Kamieth (CDU): Ich strebe den Hattrick an: eine Frage, eine Person, kurz formuliert. Meine Frage richtet sich an Frau van Heemskerck. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme davon, dass wir gerade für die Kinder unterhalb des Grundschulalters auch noch einige Bedarfe haben. In diesem Zusammenhang frage ich Sie: Wie passen die Alltagshelfenden in das System? Wie hilfreich sind sie?

Norika Creuzmann (GRÜNE): Das fügt sich jetzt ganz gut, weil auch ich einmal den Blick auf den frühkindlichen Bildungsbereich lenken wollte. Wir haben uns jetzt sehr auf die Schule fokussiert, was auch der Fokus des Antrages ist. Aber die psychischen Belastungen von Kindern im Kindergarten – und da richtet sich meine Frage an Herrn Dr. Heidemann, Herrn Dr. Renken und Frau Professorin Dr. Schneider – sind ja schwer nachzuhalten, schwer festzustellen und schwer zu diagnostizieren. Gibt es da gute Modelle? Gibt es gelebte Konzepte? Gibt es schon Erkenntnisse, wie wir vorgehen können, um dort auch stärkend einzugreifen?

Dr. Werner Pfeil (FDP): Die letzten beiden Abgeordneten haben Fragen zum frühkindlichen Bereich gestellt. Dahin geht auch meine Frage. Frau Professor Schneider, Sie haben das Modell aus England vorgestellt. Umfasst es auch diesen Bereich? Und wenn ja: Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Carlo Clemens (AfD): Ich beziehe mich noch einmal konkret auf den SPD-Antrag und möchte auf die Stellungnahme von Herrn Seifen Bezug nehmen. Herr Seifen, Sie kritisieren in Ihrer Stellungnahme die Forderung der SPD, Schulsozialarbeit explizit als Folge der psychosozialen Probleme personell zu erweitern und therapeutische und psychiatrische Angebote auch generell auszuweiten. Meine Frage an Sie und Herrn Professor Hörmann lautet: Was spricht gegen Schulsozialarbeit – mir ist es auch wichtig, dass man die Professionen nicht gegeneinander ausspielt –, und welche Maßnahmen würden Sie denn in diesem Bereich ergreifen und vorschlagen?

Sandra van Heemskerck (komba gewerkschaft nordrhein-westfalen): Sehr gerne sage ich etwas zu den Alltagshelfenden im Kita-Bereich. Es ist eine langjährige Forderung von uns gewesen, dass wir für unterstützende Tätigkeiten zur Entlastung des

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

pädagogischen Personals Fachkräfte in der Form von Alltagsfachkräften brauchen. Sie kommen auch sehr gut an. Wir haben sie jetzt als einen Gewinn aus der Coronapandemie. Im Moment sprechen wir hier immer nur aus der negativen Richtung. Zumindest diesen Punkt hat die Pandemie ein bisschen nach vorne gebracht und es unterstützt, diese Kolleginnen und Kollegen ins System zu holen. Sie werden sehr gut angenommen.

Wir sind natürlich dafür, dass das auch verstetigt wird, damit wir diesen Bereich noch einmal besonders stärken. Das könnte eventuell auch für den Nachwuchs von Fachkräften in diesem Bereich gewinnbringend sein, es also begünstigen, sich weiter zur Kinderpflegerin oder womöglich dann auch zur Erzieherin ausbilden zu lassen. Diese Chance sehen wir ebenfalls. Das wird bereits genutzt und kann noch weiter ausgebaut werden. Ich halte das also für eine Win-win-Situation – in diesem Bereich auf jeden Fall. Wir könnten uns das auch ganz gut für andere Bereiche vorstellen, zum Beispiel zukünftig für den Ganztage. Auch dort wäre ein solches System sicherlich unterstützend und hilfreich. Von uns gibt es also sehr positive Rückmeldungen. Wir würden uns freuen, wenn es verstetigt wird.

Helmut Seifen [*per Video zugeschaltet*]: Ich habe selbstverständlich als ehemaliger Lehrer und Schulleiter überhaupt nichts gegen Schulsozialarbeit, sondern weiß, dass eigentlich in allen Schulen die Schulsozialarbeit nicht mehr wegzudenken ist. Die Frage ist immer nur, wie man sie zuordnet. Hier ist schon häufig die Rede davon gewesen, dass man das eine nicht gegen das andere ausspielen soll, oder der berühmte Begriff „Augenhöhe“ genannt worden. Ja, natürlich muss es auf Augenhöhe erfolgen. Aber man muss sich dann auch einmal die Frage stellen: Was für eine Institution ist die Schule? Da geht es um Bildungsvermittlung, um Erziehung, um Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sowie um kognitive Leistung, aber natürlich auch um moralisch-soziale Leistung. Darauf ist Schule ausgerichtet. Die Schulsozialarbeit hilft mit, eine Atmosphäre zu schaffen, in der dies sehr gut gelingen kann. Sie ist an das Beratungsteam angebunden.

Ich plädiere übrigens dafür, weil ich das in meinen Schulen kannte, dass es auch eine Koordination für Beratung gibt, also nicht nur eine Koordination für Oberstufe, Mittelstufe und Unterstufe, wie man sie an Gesamtschulen und an Gymnasien – vielleicht auch an Hauptschulen oder an Realschulen – hat, sondern auch eine Beratungskoordination, die das Beratungsgeschehen in den Schulen ordnet und gleichzeitig Beziehungen zu außerschulischen Institutionen herstellt. Damit haben wir damals sehr gute Erfahrungen gemacht. Das Ganze war aus einem Guss. Da wurde auch an Konferenzen teilgenommen. Es wurden die Schüler in den Blick genommen, die Schwierigkeiten hatten.

So stelle ich mir Schulsozialarbeit vor. Wir haben alle dienende Funktion dem Schüler und der Schülerin gegenüber sowie der Schulgemeinde gegenüber. In diese dienende Funktion ordnet sich auch die Schulsozialarbeit ein. Das hat nichts mit Diskriminierung

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

zu tun und bedeutet nicht, dass sie weniger wert wäre. Denn Schulsozialarbeit ist eine ganz wertvolle Geschichte. Sie ist aber zu dem zugeordnet, was Schule leisten kann.

Dann macht es den Schülern auch Spaß. Dann wollen sie übrigens auch unbedingt Leistung bringen, weil „Leistung bringen“ mit zum Spaß gehört. Nur müssen die Bedingungen stimmen. Da gebe ich meinen Vorrednern recht, die das angemahnt haben. Die Bedingungen müssen stimmen. Sonst kann man keine Leistung bringen. Insofern muss Schulsozialarbeit ordentlich verortet werden.

Beim SPD-Antrag habe ich den Eindruck, dass jetzt, ich sage einmal, fast überschäumend Sozialarbeit an den Schulen installiert werden soll. Ich weiß nicht, ob das so gemeint ist. Wenn es so gemeint wäre, hielte ich das nicht für zielführend. Ich halte das für zielführend, was ich ausgeführt habe. Und da müssen vor Ort die Schulleiter und die kommunalen Vertreter sehen, wie sie das in ihren Schulen jeweils einrichten.

Dr. Marcus Heidemann (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Landesverband Westfalen-Lippe [per Video zugeschaltet]): Es gab zwei Fragen an mich, und zwar einmal zu der Organisation, also dazu, wie, wo und wann man das machen kann. Zu den Schulgesundheitskräften muss ich ganz klar sagen: Mir wird angst und bange, wenn ich sehe, wie viele Schulen wir haben und wie viele Kinderkrankenhäuser wir haben, aus denen die Krankenschwestern oder Angehörigen der Gesundheitsberufe herausgehen müssten. Ich befürchte, dass wir diese Personen gar nicht haben. Insofern muss man vielleicht eine andere Lösung finden, wenn man Schulen flächendeckend versorgen will.

Ich sehe auch das, was der Fragesteller aus Köln geschildert hat. Wir haben unendlich viele gute, tolle Angebote, die oft sehr klein sind. Oft haben sie auch Modellprojekt-Charakter und verschwinden dann wieder oder sind an Vereine gekoppelt, die irgendwann wegbrechen. Wichtig sind hier eine vernünftige Vernetzung und Strukturen, die einheitlich und leicht verständlich sind.

In den Praxen stehen wir auch häufig vor dem Problem, dass es zwar gute Angebote gibt, die wir aber nicht vermitteln können, weil die Eltern dort gar nicht ankommen. Das ist auch eine klassische Aufgabe von Sozialarbeit. Auch da stellt sich wieder die Frage: Wo finde ich denn einen Sozialarbeiter, der mich betreut? In der Schule. Aber wie weit geht er in den heimischen Bereich hinein? Wie weit geht er in den Stadtteil hinein? In den Praxen haben wir nicht die Möglichkeit, den Leuten weiterzuhelfen. Da wäre tatsächlich noch einmal zu schauen, wo denn der Sozialarbeiter angesiedelt ist. Wenn er beim Jugendamt sitzt, ist häufig die Schwelle, dort etwas zu beantragen – sei es ein Gutschein, sei es eine Hilfe, sei es Unterstützung – so hoch, dass der Sozialarbeiter gerade von problembehafteten Familien nicht aufgesucht wird.

Ich plädiere durchaus dafür, dass wir auch überlegen, Sozialarbeiter in Praxen hineinzunehmen, die dann die Vermittlung von Kindern übernehmen. Damit sind wir auch gleich bei der zweiten Frage, nämlich beim frühkindlichen Bildungsbereich. Gerade auch dort haben wir häufig Probleme mit Familien, die sehr bildungsfern oder gar nicht

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

einmal eigener Bildung fern, sondern dem Bildungssystem fern sind, die die Sprache nicht beherrschen und die die Strukturen nicht kennen. Sie scheitern auch allein an einem Antrag für eine Frühförderung, einen Integrationsplatz oder etwas anderes, um dieses Kind so zu fördern, dass es seine Potenziale nutzen kann und bei der Schule richtig ankommt.

Wir erleben – neben vielen anderen Systemen, die derzeit Schwierigkeiten haben – auch ein zusammenbrechendes Kindergartensystem mit massiven Personalmängeln. Dort ist es gerade für Kinder mit Bildungsdefiziten und Entwicklungsstörungen sehr schwierig. Wir erleben Ausgrenzung dieser Kinder, weil sie eben nicht mehr entsprechend gefördert und beaufsichtigt werden können. Dort, wo besonders viel Förderung notwendig wäre, findet jetzt teilweise null Förderung statt, weil diese Kinder nicht mehr in normalen Kindergartenstrukturen zu fördern und zu betreuen sind.

Ich glaube, dass wir da ganz viele Aufgaben haben, die durch die Pandemie auch größer geworden sind. Denn diese Kinder waren oft lange nicht in der Schule. Die Vernetzung und Verknüpfung dieser Dinge ist eine sehr wichtige Aufgabe. Wir brauchen nicht immer noch mehr Bereiche, die eigenständig arbeiten. Vielmehr brauchen wir vor allen Dingen in allen diesen Sozialräumen – sei es Schule, sei es Arztpraxis – Dockingstationen, bei denen der Patient anknüpfen kann – aus unserer Sicht der Patient, in der Schule der Schüler, in anderen Bereichen der Klient, oder wie auch immer wie ihn nennen wollen; aber das Kind und die Familie –, um dann zielgerichtet in einen Bereich weitergeleitet und begleitet zu werden, in dem dann auch wirklich geholfen wird.

Prof.'in Dr. Silvia Schneider (Ruhr-Universität Bochum, Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit): Zum einen wurde mir die Frage nach der ganzen Menge an Präventionsmaßnahmen, die es in vielen Orten mittlerweile gibt, gestellt. Meine erste Antwort dazu lautet: Ich würde es nicht dem Zufall überlassen, welche davon man auswählt, sondern das Wissen, das wir hierzu haben, auch wirklich nutzen.

Dieses Wissen haben wir aus der Public-Health-Wissenschaft. Eine Kollegin, mit der ich eng zusammenarbeite und die frisch eine Public-Health-Professur zur Pädiatrie an der Universität Düsseldorf angetreten hat, hat mich mit dem Vorgehen vertraut gemacht, wie man solche Präventionsmaßnahmen oder auch andere Interventionen auswählen kann.

Dazu gibt es ein ganz klares Kriterien-Set. Ich würde Ihnen vorschlagen, dieses Kriterien-Set auch anzuwenden. Neben der Wirksamkeit geht es dann um Fragen wie zum Beispiel: Was ist die Reichweite eines Programms? Wie viele Personen kann ich damit erreichen? Wie machbar ist es auch? Wie leicht erlernbar ist es? Das ist auch ein wichtiger Punkt, wenn es darum geht, das Ganze schnell und nachhaltig umzusetzen. Wie kann die Umsetzung in dem jeweiligen Setting, in dem ich es anwende, also Schule, Kita usw., erfolgen? Wie kann man letztlich auch politisch dafür Sorge tragen,

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

dass es wirklich verstetigt wird? – Da spielen also unterschiedlichste Aspekte mit hinein. Dieses Kriterien-Set sollte man unbedingt nutzen.

Der zweite Punkt ist – das ist jetzt ein wenig Kritik in die eigene Profession hinein –, dass wir ein sogenanntes Toothbrush-Problem – so hat es ein Kollege bezeichnet – haben, also ein Zahnbürsten-Problem. Jeder möchte nämlich seine eigene Intervention entwickeln, weil man denkt, was jemand anders schon entwickelt habe, dürfe man nicht nehmen; das ist wie eine schon benutzte Zahnbürste. Stattdessen sollten wir doch versuchen, kumulativ unser Wissen zu verbessern, und damit aufhören, dass jeder ein neues Modell und eine neue Intervention, die sich nur minimal von einer anderen unterscheidet, entwickelt.

Mein starker Wunsch ist: Lasst uns das zusammenbringen und an einem Modell weiterentwickeln, das wir dann aber auch für alle umsetzbar machen. Das spart Kosten und ist auch deutlich besser in der Umsetzung. Ich würde wirklich empfehlen, es so zu machen – und dabei natürlich auch die Motivation der Leute mitzunehmen. Das ist ja der andere Aspekt, der ebenfalls wichtig ist.

Nun komme ich zu dem Punkt, der mir persönlich sehr wichtig ist. Ich habe ursprünglich mit psychischen Störungen im Erwachsenenalter angefangen, habe mich dann aber schon sehr viel mit Familien und psychischen Belastungen in Familien befasst und bin immer mehr in den Kinderbereich gekommen. Mittlerweile ist ein großer Schwerpunkt meiner Forschung Kleinkind- und Babyforschung. Wir wissen nämlich, dass es hier schon beginnt.

Wir haben Maßnahmen und Möglichkeiten, bereits sehr frühen Auffälligkeiten zu begegnen. Ich möchte hier nicht von schon psychischen Erkrankungen sprechen. Aber wir wissen, dass bestimmte Auffälligkeiten im Kleinkindalter ... Das sind sogenannte Regulationsprobleme. Es gibt Kinder, die massiv viel schreien, also mehr als das durchschnittliche Kind, das nämlich zweieinhalb Stunden schreit. Und zweieinhalb Stunden Schreien pro Tag ist eine Menge. Aber es gibt Kinder, die sieben Stunden pro Tag und mehr schreien. Von diesen Kindern wissen wir, dass sie eine hohe Gefahr laufen, zum Beispiel ADHS oder andere emotionale Probleme zu entwickeln. Das können wir mit Verhaltensbeschreibungen, die wir von den Eltern abfragen, ganz gut erkennen.

Was braucht es hier an Maßnahmen? Wir können in den Kitas beginnen. Das ist auch etwas, was wir jetzt in Bochum-Wattenscheid umsetzen wollen. Wir gehen in die Kitas und geben den Erzieherinnen evidenzbasierte Hilfen zur Erziehung und zum Feststellen von solchen frühen Auffälligkeiten, um den Eltern und den Erziehern möglichst früh Hilfestellung zu geben. Denn da kann man noch eine Menge machen.

Da lohnt es sich auch, zu investieren, um diese Intervention wirklich in die Fläche zu bringen. Das ist gar keine große Sache, sondern es geht darum, Basics, was eine positive Erziehung ausmacht, zu lehren und dann auch immer wieder Rückmelde-schleifen einzubauen, um im Sinne eines lernenden Systems das Ganze wiederum zu perfektionieren.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Zum anderen gab es eine Frage zu „Improving Access to Psychological Therapies“. Dieses Modell hat leider noch nicht den Kinderbereich entdeckt. Das tun wir jetzt. Wir wollen das auch für den Kinderbereich umsetzen, weil es auch genau dort funktionieren sollte. Im Erwachsenenbereich ist das eine totale Erfolgsgeschichte. Sie können es sich auf einer Webseite einmal anschauen. Das englische Gesundheitssystem ist ein komplett anderes. Insofern können wir dieses Modell nicht eins zu eins übernehmen. Aber wir sollten wirklich versuchen, die grundsätzliche Idee hier auch umzusetzen.

Dr. Frank Renken (Stadt Dortmund, Gesundheitsamt): Ich wurde gefragt, ob ich ein Projekt oder einen Ansatz im Bereich der Vorschule kenne, bei dem es um Erkennung oder Prävention von seelischen Beeinträchtigungen geht. So etwas ist mir in der Tat nicht bekannt.

Im Kita-Bereich kenne ich ein Projekt, das sicherlich auch einigen von Ihnen bekannt ist, nämlich Papilio. Papilio ist letztendlich auf Resilienzförderung ausgerichtet und soll versuchen, süchtigem Verhalten und gewalttätigem Verhalten vorzubeugen. Mit anderen Worten: Man geht über Verhalten oder Verhaltensänderungen, und das in einem sehr frühen Bereich. Das ist auch ein evaluiertes Programm. Es richtet sich aber nicht speziell auf das Erkennen seelischer Störungen, sondern hat definitiv eine andere Zielrichtung.

Ich kann sagen, was wir im Gesundheitsamt Dortmund machen. Welche Möglichkeiten haben wir denn? Erst einmal hat natürlich jede Kita selber die Möglichkeit. Denn die Erzieherinnen haben eine ganz vornehme Aufgabe. Sie müssen die Kinder nicht nur bespielen – das wissen wir inzwischen alle –, sondern haben auch die Aufgabe, Entwicklungsberichte für jedes Kind zu schreiben. Im Rahmen dieser Entwicklungsbeobachtung sollte ihnen natürlich auffallen, wenn ein Kind sich nicht so entwickelt, wie man sich das wünscht. Dann gibt es die Möglichkeit, mit den Eltern ins Gespräch zu kommen.

Jetzt komme ich wieder und sage: Es gibt auch die Möglichkeit, mit dem Gesundheitsamt ins Gespräch zu kommen. Das ist möglicherweise nicht in jedem Gesundheitsamt so gegeben. Nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, dem PsychKG, ist jede Kommune verpflichtet, einen solchen Dienst vorzuhalten. Interessanterweise gibt es da keine Altersbegrenzungen, was die Klientel angeht. Mit anderen Worten: Wir reden nicht über erwachsene seelisch Kranke, sondern über alle Menschen, die seelisch krank sind.

Dass wir eine sehr schöne Unterscheidung zwischen Erwachsenenpsychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie haben, führt aber dazu, dass die meisten Kommunen keinen Dienst haben, der psychosoziale Hilfen für Kinder oder Jugendliche anbieten kann, weil sich die Erwachsenenpsychiater dafür nicht zuständig fühlen.

Ich habe zwar auch keine Psychiaterin oder keinen Psychiater gefunden. Das ist eine Mangelqualifikation, wie wir alle wissen. Aber wir haben psychosoziale Hilfen in einem

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Team aufgebaut. Es besteht aus einer Sozialpädagogin, Psychotherapeutinnen und einer Ärztin, die in meinem Dienst ist. Dieses Team arbeitet in Kooperation mit dem Jugendamt. Dann, wenn kritische Fälle oder krisenhafte Dinge auftreten, sind wir also ansprechbar. Wir werden auch den Stellenanteil dort ausweiten.

Ich weise aber ganz klar darauf hin, dass nicht jedes Gesundheitsamt diesen „Spezialdienst“ – in Anführungsstrichen – hat. Da tun sich die großen Ämter natürlich viel leichter. Auch hier gilt: Die Bezahlung erfolgt durch die Kommune. Die Kommune, die das nicht macht, macht es halt nicht.

Ganz früh sind natürlich die Frühen Hilfen da. Das ist in jeder Kommune etwas anders strukturiert. Bei uns ist es so, dass die Hebammen jetzt alle am Gesundheitsamt angesiedelt sind und bei uns koordiniert werden. Über diese Hebammen, aber auch über Kinderkrankenschwestern bekommen wir auch einen Einblick in Familien, die unter besonders prekären Verhältnissen leben; denn sie können bei uns diese Dienstleistung anfordern. Aber auch das ist kein Beispiel, das wir für ganz Nordrhein-Westfalen ausrollen könnten. Wir haben ja auch eine Ambulanz für Kinder, die nicht krankenversichert sind. Unsere Hebammen sind auch in dieser Ambulanz tätig. Wenn wir dort über die Behandlung der Kinder Familien kennenlernen, die ganz offensichtlich unter sehr schwierigen Bedingungen leben, haben wir auch eine relativ gute Möglichkeit, die Hebammen oder die Kinderkrankenschwestern in diesen Familien tätig werden zu lassen. Wie gesagt, sind das aber Hilfen, die wir als Gesundheitshilfen über das Amt anbieten, und keine Präventionsprojekte oder keine ähnlichen Projekte wie „Irrsinnig Menschlich“.

Wibke Poth (Verband Bildung und Erziehung, Landesverband NRW): Die an mich gerichtete Frage nach kurzfristigen Maßnahmen, die schnell Entlastung bringen können, ist eine sehr wichtige Frage. Wir haben uns heute sehr viel mit mittel- und langfristigen Maßnahmen befasst. Insofern finde ich es auch wichtig, dass wir auf das Jetzt und Heute und auf das Morgen blicken. Ich denke, dass es wichtig ist, zu schauen, welche Ressourcen schon vorhanden sind und welche Kompetenzen es in den Schulen bereits gibt. Das ist ganz schön viel. Das Beispiel, das von Herrn Ott und Frau Larhtami benannt wurde, zeigt ja, dass auch in kurzer Zeit ganz viel auf die Beine gestellt werden kann.

In den Schulen haben wir zum Beispiel noch die Beratungslehrkräfte – über sie haben wir heute noch gar nicht gesprochen –, die auch eine Lotsenfunktion haben. Sie verfügen über viele Kontakte in die Beratungsstellen oder auch ins Gesundheitsamt oder zur Kinder- und Jugendhilfe und sind gut vernetzt. Ich denke, dass man sie auch noch mit ins Boot holen kann.

Ein Projekt, wie es gerade geschildert worden ist, muss auch nicht überall neu erfunden werden. Obwohl die Gegebenheiten vor Ort sicherlich oft unterschiedlich sind, kann es ja vielleicht im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen und dann einen Projektcharakter haben, der übertragen werden kann.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich muss aber auch davor warnen, die Schulen – das ist heute auch schon ein paarmal angeklungen – mit diesen wichtigen Wünschen zu überfordern. Ja, der Wunsch ist nicht falsch, sondern absolut richtig und berechtigt. Aber an den Schulen wird gerade von allen Seiten gezerrt. Natürlich ist die psychosoziale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen ein wahnsinnig wichtiges Thema. Aber wir haben auch das Thema – ich nenne es nur beispielhaft – „Digitalisierung“, bei dem Politik, Land und Kommunen ebenfalls an den Schulen zerren. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich gerade mehrteilen.

Insofern ist es wichtig, dass das auch zeiteffizient aufgebaut ist und man da möglichst effizient arbeitet. Aber ich finde es auch wichtig, dass solche Projekte nicht zufällig passieren oder von Einzelpersonen abhängig sind. Das ist der Zwiespalt, in dem wir stecken. Insofern kann ich eigentlich nur an das anschließen, was ich gerade gesagt habe. Die Ressource „Zeit“ ist hier tatsächlich absolut wichtig und vielleicht sogar der wichtigste Punkt, damit man sich diesem Thema annehmen kann.

Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann (Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit): Ich kann mich gut den Vorrednern anschließen, sowohl den Fragestellern als auch den verschiedenen Antwortenden. Wir haben eine Vielzahl von Verbundprojekten, Kooperationen und Netzwerken, die funktionieren. Man kann sie übertragen und muss das Rad nicht immer neu erfinden.

Man sollte auch die Ressourcen nutzen. Das Problem ist tatsächlich, dass wir ein differenziertes System haben. Wir haben Jugendhilfe, Sozialhilfe und auch im Gesundheitswesen unterschiedliche Bereiche. Sie sehen schon an den Beispielen ÖGDG und PsychKG, wie verschieden die Bereiche sind. Es gibt Erwachsenen- und Kinderpsychologie oder -psychotherapie. Die Ressourcen, die schon vorhanden sind, können ausgebaut werden. Der Herr vom Gesundheitsamt hat sehr schön dargestellt, dass manche Präventivaufgaben nur als Kannbestimmung, aber nicht als Sollbestimmung im Gesetz stehen. Das könnte ausgebaut werden. Dann können die betreffenden Berufsgruppen ja auch fordern, dass es ausgebaut wird.

Ich plädiere also dafür, dass man die Möglichkeiten, die wir haben, intensiver nutzt und von Modellen lernt. Es sind ja einige vorgestellt worden, die ja toll funktionieren. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden und wieder neue Strukturen schaffen, mit denen man den personellen Apparat weiter aufbläht.

Ich finde, dass Schulsozialarbeit durchaus – wie der Beratungslehrer, der Gott sei Dank auch genannt worden ist – eine wichtige Funktion als Koordinierungsstelle hat.

Als ich Erziehungsberatung gemacht habe, ist immer die Frage aufgekommen: Muss man Therapeut sein, um Erziehungsberatung durchzuführen? – Das ist nicht notwendig. Das ist keine therapeutische Aufgabe, sondern eine Beratungsaufgabe, die vom Psychologen gemacht werden muss. Man kann Therapeut sein.

Hier wurde auch die Frage gestellt, ob man mehr therapeutische psychiatrische Angebote in der Schule anbieten muss. Es gibt andere Dienste, die das viel besser können.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das braucht die Schule nicht zu leisten. Damit würde sie völlig überfordert werden. Ich stimme Ihnen zu, dass man die Schule nicht überfrachten sollte. Sie kann nicht alles leisten. Sie hat aber gute Kooperationspartner. Diese Chance muss man nutzen. Das sollte man auch tun.

Das sehr Erfreuliche war für mich auch, dass ich sehe, dass es sehr viele solche Maßnahmen gibt. Wie man sie verstetigen kann und finanziell absichern kann, damit sie ausgebaut werden, ist in der Tat ein Punkt. Sie haben auch die Bezahlung von solchen Maßnahmen aufgezeigt. Aber das muss dann auch jeweils mit den sozialen Systemen ausgehandelt werden.

Man kann das aber nicht nur von der Schule aus machen. Das wird nicht gehen. Da ist sie völlig überfordert. Die Schule hat bestimmte Möglichkeiten, braucht aber, um voll wirksam zu sein, dann natürlich auch die Kooperation mit anderen Diensten, die ganz andere Trägerschaften und Finanzierungsmodelle haben – niedergelassen oder ambulant oder auch Krankenhäuser. Das sind ja die verschiedenen Formen. Es ist auch ein Vorteil unseres differenzierten Systems, dass wir verschiedene Systeme haben, die aber natürlich ihre Eigenlogik haben. Da muss ein Austausch stattfinden, damit nicht Leerläufe stattfinden.

Das ist mein Plädoyer. Daher stimme ich beiden oder allen zu. Ich bin auch froh und dankbar, weil ich gesehen habe, dass es doch kurzfristig gute Modelle gibt. Da hat vielleicht die Coronapandemie etwas Gutes gehabt. Sie hat praktisch wie ein Brennpunkt gezeigt, dass wir diese Dinge ausbauen müssen. Das war der Erfolg. Als eine Art Katalysator hat sie dafür gesorgt, dass man diese Projekte, die schon existieren, ausbaut, dass man sie fördert, dass man voneinander lernt und dass man sie integriert.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. – Ich schaue in die Runde, ob es weitere Fragen gibt. – Das ist der Fall.

Jochen Ott (SPD): Herr Schneider vom Runden Tisch zu Hilfs- und Unterstützungsangebote, der hier auch einen Hinweis eingebracht hat, hatte ganz viele Schulen und Dienststellen eingeladen, weil das Problem war, dass die Angebote nicht in die Schule kommen und die Schule um Hilfe gebeten hat. Insofern reicht es sicherlich nicht, die Systeme nebeneinanderzustellen. Deshalb bin ich sehr dankbar für die Hinweise.

Ich möchte von unserer Seite abschließend noch einmal die Eltern- und die beiden Schülervereiner*innen fragen. Sie haben sich jetzt vieles angehört. Am Anfang haben Sie Ihre Meinungen eingebracht. Wir würden gerne von Ihnen noch Folgendes wissen: Was wären, wenn Sie hier im Landtag verantwortlich wären, die wichtigsten kurzfristigen Maßnahmen, die in der jetzigen Lage aus Sicht von Schüler*innen und Eltern umzusetzen wären?

Carlo Clemens (AfD): Ich wollte abschließend auch die jungen Vertreter hier noch einmal zu Wort kommen lassen. Meine Frage richtet sich also an Frau Ratzmann,

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Herrn Dahlmann und Frau Larhtami. Glauben Sie, glaubt ihr, dass die Maskenpflicht bzw. das kollektive Maskentragen auf Dauer Auswirkungen auf die psychosoziale Gesundheit hatte? – Die gleiche Frage möchte ich auch gern an Herrn Seifen stellen.

Meral Thoms (GRÜNE): Auch ich habe eine Frage an die Schüler*innenvertretungen. Sie, insbesondere die Bezirksschüler*innenvertretung Köln, haben mehr Partizipation gefordert, also mit Kindern und Jugendlichen zu sprechen anstatt über sie, und schlagen vor, dass ein Konzept „Mental Health“ entwickelt wird. Meine Frage lautet: Welche Formate der Partizipation würden Sie präferieren? Haben Sie Ideen von Formaten, die aus Ihrer Erfahrung – Sie haben ja auch schon viel Erfahrung – gut funktioniert haben? Sie haben auch angesprochen, dass das Thema „gesundheitliche Bildung“ an Schulen verstärkt werden muss. Welche Themen würden Sie da im Schulalltag besonders interessieren?

Anke Staar (Landeselternkonferenz NRW): Was erwarten wir jetzt sofort und kurzfristig? Vor allem eine Partizipation der Schüler. Aber in einem gewissen Alter sind wir Eltern vielleicht auch nicht ganz unwichtig. Da ist schon der erste Punkt, den wir nennen können. Deswegen sind auch Konzepte, wie sie das Gesundheitsamt in Dortmund entwickelt hat, ganz wertvoll, wenn sie denn auch Eltern erreichen und in Schule oder über Schule angeboten werden und besser vernetzt werden können.

Damit sind wir auch wieder bei dem Thema „Erreichbarkeit der Eltern“, zu dem eine andere Stellungnahme von uns vorliegt. Daran muss dringend gearbeitet werden. Das hat die Pandemie ganz deutlich gemacht. Wir erreichen Eltern viel zu schlecht und können ihnen viele Hilfsangebote gar nicht offerieren, weil wir sie überhaupt nicht erreichen können; denn das ist mit Hunderten von Mails in Schulsekretariaten gar nicht mehr zu bewerkstelligen. Und damit sind wir wieder bei dem Grundthema, dass wir Schule sehr viel aufköttern, was Schule so gar nicht mehr leisten kann.

Wenn wir aber präventiv handeln wollen und es nicht nur um das ganz Kurzfristige geht, dann müssen wir tatsächlich auch endlich nicht nur darauf schauen, wo soziale Brennpunkte sind, sondern auch berücksichtigen, wie viele Schüler wir wo haben. In diesem Zusammenhang braucht man eine Verstärkung der Schulsozialarbeit, aber vor allen Dingen auch – das hat Frau Mesch hier mehrfach deutlich gesagt – klare Rahmenkonzepte mit Aufgabenstellung und Qualifizierungsmöglichkeit der bereits Tätigen. Wir haben inzwischen eine unglaubliche Zahl von Menschen in unseren Schulen, die wir gar nicht definieren können, weil sie keine Qualifikation haben, sondern Assistenz leisten, helfende Hände sind und Ähnliches mehr. Diese Menschen müssen wir endlich in einem Rahmenkonzept auf Augenhöhe im multiprofessionellen Team sehen und damit auch wieder mehr Freiräume für Lehrkräfte schaffen – neben den Menschen, die wir sowieso gefordert haben, wie Assistenzkräfte in Verwaltung oder diejenigen, die wir gerade genannt haben. Der Gesundheitsbereich ist ja nur ein Bereich.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wir könnten uns genauso psychotherapeutische Unterstützung nicht nur für Schülerinnen und Schüler selbst, sondern auch für Eltern vorstellen. Wir Eltern sind doch ein Faktor, den man mitnehmen kann. Wenn viele Schüler an der Schule das gleiche Problem haben, muss man doch vielleicht nicht in eine zwölfmonatige Therapie mit einem Kind gehen. Wenn wir ein Problem haben, das durch ein systemisches Problem entstanden ist, können wir auch die Eltern einbinden und Eltern stärker fit machen. Wir sollten solche Angebote schaffen und ihnen sagen: Damit seid ihr gar nicht allein; dieses Problem haben ganz viele von uns.

Weil wir wissen, dass wir personell überhaupt nicht mehr allzu sehr expandieren können – nicht nur wegen Kosten; da heißt es ja immer: Geld haben wir genug –, sollten wir das, was wir haben, besser vernetzen und besser qualifizieren und uns gegenseitig stärken. Dazu gehören nun einmal klare Aufgabenstellungen.

Dazu gehört aber auch – der Fairness halber muss man das immer wieder sagen – eine Perspektive der Beschäftigten. Ich kann OGS-Kräfte auch schon morgens beginnen lassen. Ich kann die Assistenz, die Einzelassistenz oder auch die Gruppenassistenz, auch bis in den Nachmittagsbereich dalassen. Dann gebe ich ihnen eine Perspektive durch sichere Arbeitsverhältnisse.

Denn ganz viele Kinder leiden natürlich auch unter den Bedingungen, weil ihre Eltern in Existenznöte geraten sind. Das ist heute überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen. Dies ist mit ein Baustein. Es betrifft zwar nicht unmittelbar Schule. Aber auf den Gesamtgesundheitsaspekt der Kinder bezogen, müssen Kinder und Familien erst einmal wieder in die Situation gebracht werden, dass sie aus ihren derzeitigen Existenzängsten herauskommen. Die Stichworte brauche ich nicht zu nennen: Energiekrise, Klimakrise und vieles mehr.

Damit wir da wieder eine Sicherheit bekommen, sind alle gefragt. Vor allen Dingen geht es darum, die Angebotsvielfalt, die schon da ist, präsent zu machen und zu sagen: Wir sind nicht allein; das können wir nur gemeinschaftlich schaffen.

Lilli Ratzmann (Landeschüler*innenvertretung NRW): Ich würde mich gerne zunächst auf die Frage von Herrn Ott beziehen. Es ist natürlich eine schöne Perspektive, sich vorzustellen, wie es wäre, wenn wir hier mitbestimmen könnten.

Wir würden dann auf jeden Fall deutlich öfter die Schüler*innenperspektive mit einbeziehen. Das heißt, dass diese Möglichkeit, die wir hier gerade haben, dass wir hier sitzen dürfen, anderen Schüler*innen auch öfter geboten wird und dass auch in anderem Rahmen die Meinung von Schüler*innen angehört wird.

Was das Schulleben betrifft, würden wir uns wünschen bzw. fordern, dass Eltern generell mehr mit einbezogen werden und mehr in Kontakt und im Austausch mit Schulsozialarbeiter*innen stehen, da Eltern die direkten Ansprechpartner*innen für ihre Kinder sein sollten und diese sensibilisiert werden müssen. Deshalb verlangen wir einen direkten Austausch zwischen Fachkräften und den Eltern der Schüler*innen.

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wichtig ist uns auch ein Fokus auf sozial schwächere Schüler*innen, die eben nicht die Möglichkeit haben, beispielsweise an allen Projekten teilzuhaben. Vielleicht sind sie auch nicht unbedingt direkt an therapeutische Möglichkeiten angebunden. Auf sie muss sich spezialisiert werden. Auf sie muss teilweise ein Fokus gelegt werden. Auf sie muss speziell zugegangen werden, wenn Lehrkräfte merken: Es gibt ein Problem.

Wichtig ist uns, dass Lehrkräfte nicht über ihre Funktion hinaus arbeiten müssen. Sie müssen sensibilisiert werden, was dieses Thema angeht. Es wäre gut, wenn sie Fortbildungen besuchen würden. Diese dürfen aber nur dazu dienen, dass sie Schüler*innen an Schulsozialarbeiter*innen vermitteln können, und nicht dazu, dass sie selbst psychologische Hilfe leisten. Das ist nämlich nicht ihre Aufgabe. Trotzdem ist es sehr wichtig, dass Lehrkräfte Schüler*innen weitervermitteln können.

Herr Clemens, aufgrund von zu großen politischen Unterschieden in unseren Meinungen kann ich Ihre Frage leider nicht beantworten.

Safiya Larhtami (Bezirksschüler*innenvertretung Köln; Kölner Jugendring): Zu den kurzfristigen Lösungen kann ich mich Lilli Ratzmann anschließen. Meiner Meinung nach muss es aber eigentlich langfristige Lösungen geben. Es muss nämlich dafür gesorgt werden, dass der Druck für Schüler*innen herausgenommen wird – und das wäre ja eine langfristige Lösung –, weil sonst all die Punkte, die ich vorhin genannt habe, oder all die Gefühle, die Schüler*innen momentan verspüren, nicht aufhören. Da muss sich einfach langfristig etwas ändern. Das Schulsystem, das wir momentan haben, ist leider auf Bulimie ausgelegt. Deshalb muss sich langfristig etwas ändern.

In Bezug auf die kurzfristigen Lösungen finde ich es aber total wichtig, dass Anlaufstellen in der Schule angeboten werden. Zum Beispiel hatten wir in der Coronazeit in unserer Nachbarschule zwei Suizide innerhalb von einem halben Jahr. Man hat gemerkt, wie viel das in den jungen Menschen ausgelöst hat – in der Freizeit, am Wochenende, aber auch in der Schule. Ich kann mir vorstellen, dass viele junge Menschen Dinge schneller verarbeiten und sich daraus gar nichts entwickeln kann, wenn die Schule eine entsprechende Anlaufstelle bietet. Natürlich wird das nicht jeder annehmen. Vermutlich braucht das auch nicht jeder. Eine ganz am Anfang gestellte Frage bezog sich auch darauf, wie es den Leuten geht, die mit dem Schulsystem gut klar kommen. Es wird keine negativen Auswirkungen für Schüler*innen haben, die gut mit dem Schulsystem klar kommen, wenn mehr Angebote gebracht werden oder wenn stärker für das Thema sensibilisiert wird oder wenn mehr aufgeklärt wird. Mehr Aufklärung oder mehr Sensibilisierung für ein Thema schadet doch nicht.

Vor allen Dingen habe ich auch das Gefühl, dass junge Menschen ganzheitlich betrachtet werden müssen. Das ist auch eine Sache, die eben angesprochen wurde. Wir sehen Schüler*innen eigentlich immer nur als Personen, die in der Schule irgendetwas tun und sich dort vielleicht eine psychische Erkrankung einfangen können. Aber ganz viele Leute nehmen aus ihrem Privatleben Dinge mit. Sie nehmen aus der Familie Existenzängste und generell Probleme mit. Vielleicht haben die Eltern eine psychische Erkrankung; vielleicht haben die Geschwister eine psychische Erkrankung. Da werden

Ausschuss für Schule und Bildung (4.)

15.11.2022

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (4.)

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (4.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

so viele Sachen mitgenommen. In der Schule muss es eine Anlaufstelle geben, die die ganzen Probleme auffängt.

Da stimme ich auch Lilli Ratzmann zu. Ich finde, dass das nicht die Aufgabe der Lehrer*innen ist – zumal wir bei uns an der Schule merken, dass die Lehrer*innen mit den Situationen überfordert sind. Sie versuchen schon alles Mögliche und Erdenkliche, um den Druck für uns etwas herauszunehmen und uns zu entlasten. Damit belasten sie sich aber nur selbst, weil sie dafür einfach nicht die Kapazitäten haben.

Zu der Maskenfrage schließe ich mich Lilli Ratzmann an.

Vorsitzender Florian Braun: Vielen Dank. – Ich schaue ein letztes Mal in die Runde, sehe aber keine weiteren Wortmeldungen.

Dann darf ich mich bei allen Sachverständigen sehr herzlich für ihre Teilnahme und die rege Beteiligung an der Diskussion bedanken und ihnen einen guten Nachhauseweg wünschen.

Die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten weise ich darauf hin, dass das Protokoll der Anhörung – bereits vorab mit Dank an den Sitzungsdokumentarischen Dienst verbunden – bis zum 13. Januar des nächsten Jahres vorliegen soll, sodass die beteiligten Ausschüsse für Familie, Kinder und Jugend sowie für Arbeit, Gesundheit und Soziales rechtzeitig ihre Voten abgeben können. Die weitere Behandlung im Ausschuss für Schule und Bildung ist dann für den 8. Februar 2023 geplant.

Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Florian Braun
Vorsitzender

Anlage

28.11.2022/30.11.2022

**Anhörung von Sachverständigen
des Ausschusses für Schule und Bildung,
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**

**Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen:
psychoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien
im Bildungsbereich stärken!**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/628

am Dienstag, dem 15. November 2022
15.00 bis (max.) 18.00 Uhr, Plenarsaal, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landeselternkonferenz NRW (LEK) c/o Anke Staar Dortmund	Anke Staar Karla Foerste	18/19
LandeschülerInnenvertretung NRW (LSV) Johanna Boergermann Düsseldorf	Lilli Ratzmann Sebastian Dahlmann	18/49
Marie-Florence Geerlings Rektorin der Geschwister-Scholl-Grundschule Neuss	Marie-Florence Geerlings	18/42
Sandra van Heemskerk stellvertretende Landesvorsitzende komba gewerkschaft nrw Köln	Sandra van Heemskerk Jasmin Jestel	18/45 (Neudruck)
Helmut Seifen OStD Gronau	Helmut Seifen	18/52
Professorin Dr. Silvia Schneider Klinische Kinder- und Jugendpsychologie Forschungs- und Behandlungszentrum für psychische Gesundheit (FBZ) Ruhr-Universität Bochum Bochum	Prof. Dr. Silvia Schneider	18/55

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Susanne Fleck Stadt Dortmund Gesundheitsamt Koordinationsstelle im Gesundheitsbereich Zuständig für das Präventionsprojekt „Verrückt? Na und! Seelisch fit in der Schule“ Dortmund	Dr. Frank Renken Susanne Fleck	18/23
Safiya Larhtami Mitglied im Bezirksvorstand der Bezirksschüler*innenvertretung Köln	Safiya Larhtami	18/50
Eva-Maria Thoms 1. Vorsitzende Mittendrin e. V. Köln	<i>keine Teilnahme</i>	---
Lisa Gregor Balu und Du e. V. Köln	Lisa Gregor	18/46
Dr. Marcus Heidemann Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) Landesvorsitzender Westfalen-Lippe Bielefeld	Dr. Marcus Heidemann <i>(per Videozuschaltung)</i>	18/53
Verband Bildung und Erziehung Landesverband Nordrhein-Westfalen VBE NRW e. V. Herr Stefan Behlau, Vorsitzender Dortmund	Stefan Behlau	18/43
Professor Dr. Dr. Georg Hörmann Arzt für Psychotherapie Gesellschaft für Fortschritt in Freiheit e. V. Köln	Prof. Dr. Dr. Georg Hörmann	18/51
LandesArbeitsGemeinschaft Schulsozialarbeit NRW e. V. Dorle Mesch 1. Vorsitzende Bergheim-Glessen	Dorle Mesch	18/48

Weitere Stellungnahmen:

Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrie Rheinland e. V.
 Runder Tisch zu Hilfs- und Unterstützungsangeboten
 für psychisch belastete Schülerinnen und Schüler in Köln

Stellungnahme 18/22
 Stellungnahme 18/35